

Inhalt:

<b>EU-Agrarpolitik .....</b>	<b>2</b>
<b>AbL-Mitgliederversammlung sendet Unterstützungs-Botschaft an EU-Kommissar Ciolos nach Oldenburg ...</b>	<b>2</b>
<b>Faire Lastenverteilung beim Klimaschutz: .....</b>	<b>3</b>
Emissionen aus Land- und Forstwirtschaft werden angerechnet .....	3
<b>Kommission schlägt Verbesserung der gemeinsamen Anrechnungsvorschriften für Treibhausgasemissionen in der Land- und Forstwirtschaft vor.....</b>	<b>3</b>
Wie geht es weiter? .....	4
<b>Copa-Cogeca warnt vor neuen LULUCF-Vorschlägen zur Überwachung von Landnutzung und Landnutzungsänderung.....</b>	<b>4</b>
<b>Bayern und Sachsen fordern Korrekturen bei EU-Agrarreform .....</b>	<b>5</b>
<b>[Österreich:] Aufruf zur Demo „Wir haben es satt!“ –.....</b>	<b>5</b>
weiterleiten und dabei sein!.....	5
<b>Deutsche Agrarpolitik.....</b>	<b>5</b>
<b>Ackerland in Firmenhand .....</b>	<b>6</b>
Immer mehr Land ist in den Händen weniger Groß-Investoren .....	6
<b>AbL fordert gesetzlichen Schutz gegen Boden-Preistreiberei.....</b>	<b>6</b>
<b>Große Worte, kleine Taten .....</b>	<b>7</b>
Die Union hat Spekulation mit Rohstoffen als Ursache für Hunger erkannt, will das Problem aber erst einmal beobachten.....	7
<b>Milch.....</b>	<b>8</b>
<b>Aktuelle Spotmilchpreise.....</b>	<b>8</b>
<b>[BDM:] Molkereien müssen bei Kontraktverhandlungen Stärke beweisen - .....</b>	<b>9</b>
Auch Politik in der Verantwortung positive Marktsignale zu setzen.....	9
<b>Bauern warnen vor Milchschwemme.....</b>	<b>9</b>
„Es wird produziert auf Teufel komm raus“ .....	9
<b>Einfach zu viel Milch .....</b>	<b>11</b>
Der Preis macht's: Landwirte halten erneute Proteste für möglich .....	11
<b>Staatssekretär Dr. Müller: Milchpaket bietet große Chancen zur Bündelung von Rohmilch .....</b>	<b>12</b>
<b>Proteste gegen DMK Pläne.....</b>	<b>12</b>
<b>DMK bündelt Produktionskapazitäten.....</b>	<b>12</b>
Aufsichtsrat beschließt Optimierung der Werksstruktur.....	12
<b>Schwälbchen verbucht Millionenverlust.....</b>	<b>13</b>
<b>"2 % Biomilch reichen nicht" .....</b>	<b>13</b>
<b>Kuh Faironika soll auch Jogurth liefern.....</b>	<b>14</b>
<b>Fonterra erwartet Unsicherheit am Milchmarkt .....</b>	<b>14</b>
<b>Milch: US-Produktion steigt 2012 auf neues Allzeithoch .....</b>	<b>14</b>
<b>Überlieferung: Italiener sollen Produktion drosseln .....</b>	<b>15</b>
<b>Nur in Frankreich höhere Milchpreise .....</b>	<b>15</b>
<b>Auch Nationalrat will Grasmilch.....</b>	<b>15</b>
<b>Tierhaltung .....</b>	<b>16</b>
<b>EU-Schweinepreise: Ausgeglichene Verhältnisse auf den EU-Märkten.....</b>	<b>16</b>
<b>Greshake: Schweinepreis muss steigen .....</b>	<b>16</b>
<b>Projektteilnehmer gesucht: Reduzierung von Schwanzbeißen bei Mastschweinen .....</b>	<b>17</b>
<b>Wiesenhof bekommt neuen Kontrolleur .....</b>	<b>17</b>
<b>Keine Hühner mehr von Wiesenhof.....</b>	<b>17</b>
Die Fast-Food-Kette McDonald"s verhängt einen Abnahmestopp und begründet dies mit Hygienemängeln in einem Schlachtbetrieb .....	17
<b>Ministerin Höfken fordert bundeseinheitliches Tierwohllabel.....</b>	<b>18</b>
<b>Minister Gert Lindemann: „Transporte tierschutzgerecht und praxisnah gestalten“ .....</b>	<b>19</b>
<b>Schwarz um Versachlichung der Tierschutz-Diskussion bemüht .....</b>	<b>19</b>
<b>Investitionsförderung: Hessens Ferkelerzeuger werden stärker berücksichtigt .....</b>	<b>20</b>
<b>Dänische Bioschweinehalter beklagen schlechte Investitionsbedingungen .....</b>	<b>20</b>
<b>Westfleisch mit klasse Jahr .....</b>	<b>20</b>
<b>USA: Bald wieder Rindfleisch-Importe aus der EU? .....</b>	<b>21</b>
<b>Russland verbietet auch Schweineimporte .....</b>	<b>21</b>
<b>Forscher machen Schmallenberg-Virus sichtbar.....</b>	<b>21</b>
<b>Schmallenberg-Virus in sieben Ländern .....</b>	<b>22</b>
<b>Ernteprognose für Sojabohnen in Brasilien reduziert .....</b>	<b>22</b>

<b>Gentechnik-frei</b> .....	<b>23</b>
<b>EU-Mitgliedstaaten verfehlen GVO-Entscheidung</b> .....	<b>23</b>
Berlakovich beharrt auf Selbstbestimmungsrecht.....	23
<b>Bayern setzt auf Soja aus Brasilien</b> .....	<b>24</b>
<b>US-Mais-Experten warnen: Bt-Mais verliert Wirkung</b> .....	<b>24</b>
<b>Zurück zu den Wurzeln</b> .....	<b>24</b>
Agrarwissenschaftler züchten salzresistenten Weizen.....	24
<b>Die Risikoabschätzung gentechnisch veränderter Pflanzen ist unzureichend</b> .....	<b>25</b>
In der Grünen Gentechnik beginnen Fragen zur Sicherheit, wo Entwickler-Interessen aufhören. Es reicht nicht, gentechnisch veränderte Pflanzen wie Chemikalien zu testen.....	25
<b>weitere Themen</b> .....	<b>26</b>
<b>Aigner: „Sicherer Zugang zu Land ist überlebenswichtig“</b> .....	<b>26</b>
Bundesministerin begrüßt erfolgreichen Abschluss der UN-Verhandlungen zur Erarbeitung freiwilliger Leitlinien über Landnutzungsrechte.....	26
<b>„Zu gut für die Tonne“: Verbraucherministerin Aigner startet neue Kampagne gegen das Wegwerfen von Lebensmitteln</b> .....	<b>27</b>
<b>Greenpeace-Kommentar zur Aigner-Studie / Lebensmittelverschwendung</b> .....	<b>29</b>
<b>BVE-Pressemitteilung: Der Abbau von Lebensmittelabfällen ist alternativlos</b> .....	<b>29</b>
Potentiale im Rahmen der gesamten Wertschöpfungskette nutzen .....	29
<b>Kampagne gegen Wegwerfen von Lebensmitteln:</b> .....	<b>30</b>
DNR wirft Verbraucherministerin Aigner mangelnde Konsequenz vor.....	30
<b>Artenvielfalt und intakte Natur bewahren – Vermaisung stoppen</b> .....	<b>30</b>
<b>Klimarisiken durch Energie aus Biomasse werden unterschätzt</b> .....	<b>31</b>
<b>Ende der Abwicklung von Absatzfonds, CMA und ZMP noch nicht absehbar</b> .....	<b>32</b>
<b>Alles für die Erdbeere</b> .....	<b>32</b>
Warum Obstbauern ihre eigene Lebensgrundlage gefährden.....	32

## **EU-Agrarpolitik**

AbL Landesverband Niedersachsen/Bremen, PM, 13.03.12:

### **AbL-Mitgliederversammlung sendet Unterstützungs-Botschaft an EU-Kommissar Ciolos nach Oldenburg**

Mit Blick auf den heutigen Besuch von EU-Agrarkommissar Ciolos in Oldenburg hat die niedersächsische Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) am Sonntag zu seiner Unterstützung gegen Bauernverband und Bundesregierung eine „Botschaft zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik“ verabschiedet. Die AbL-Bauern begrüßen darin ausdrücklich Ciolos' Pläne zur stärkeren Ausrichtung der EU-Prämien an Bauernhöfen, Arbeitskräften und ökologischen Leistungen. Die AbL forderte Ministerin Aigner und Bauernverband auf, diese Ansätze nicht weiter zu behindern, sondern sie im Interesse der allermeisten Bäuerinnen und Bauern und der gesellschaftlichen Akzeptanz der Landwirtschaft zu unterstützen. Im einzelnen fordert die AbL, die EU-Gelder zukünftig an eine „echte Fruchtfolge“ zu binden, in der 20% stickstoffsammelnde Eiweißpflanzen (Leguminosen) enthalten sind. Damit könnten auf klimaschonende Weise 30% des mit hohem Energieaufwand künstlich hergestellten Stickstoffdüngers eingespart werden. Außerdem könne so der Import von gentechnisch verändertem Soja-Eiweißfutter ersetzt werden, das bisher zu Lasten von Kleinbauern und Regenwald produziert werde. Der Anbau dieser heimischen Futterpflanzen könnte zum Teil auch auf den 7% der Ackerfläche geschehen, auf denen die EU-Kommission eine besonders umweltgerechte Landwirtschaft zum Zwecke der biologischen Vielfalt in der Agrarfläche vorschreiben will. Die AbL-Landwirte kritisieren „das Gerede“ von Bauernverband und Bundesregierung, dies bedeute eine Flächenstilllegung zu Lasten der Welternährung – in Wirklichkeit gehe es hier um intelligente Verbindungen von Landwirtschaft, Umwelt- und Naturschutz.

Die Unterstützung der AbL hat Kommissar Ciolos auch für sein Vorhaben, die Flächenprämien nicht mehr unbegrenzt an durchrationalisierte Großbetriebe zu zahlen, sondern diese Zahlungen stattdessen zu staffeln und an die Zahl der im Betrieb beschäftigten Arbeitskräfte zu binden. Die AbL begrüßt auch die verstärkten Möglichkeiten der europäischen Bauern, sich in Markt-Erzeugergemeinschaften zusammenzuschließen, um gegenüber den hochkonzentrierten Abnehmern ihrer Produkte bessere Erzeugerpreise durchzusetzen. Dadurch würden gleichzeitig die Überschüsse abgebaut, die von der Ernährungsindustrie bisher zu Lasten der Bauern hier und in den Entwicklungsländern angeheizt und exportiert würden.

# Faire Lastenverteilung beim Klimaschutz:

## Emissionen aus Land- und Forstwirtschaft werden angerechnet

12.03.2012 Der Beitrag von Landwirten und Waldbesitzern im Kampf gegen den Klimawandel soll künftig besser honoriert werden können.

Die Europäische Kommission hat heute (Montag) beschlossen, eine Lücke in ihrer Klimapolitik zu schließen und Regeln zu erlassen, um die Emissionen und den Abbau von Treibhausgasen in der Land- und Forstwirtschaft anrechnen zu können. Sie sind die letzten großen Sektoren ohne gemeinsame EU-weite Klimavorschriften. Die für Klimapolitik zuständige EU-Kommissarin Connie Hedegaard sagte hierzu: "Wir schlagen heute einheitliche Regeln für die Anrechnung von Emissionen in der Forst- und Landwirtschaft vor. Das ist ein erster Schritt, um diese Sektoren in die Anstrengungen der EU zur Emissionsminderung einzubinden. In Durban haben sich alle Länder auf überarbeitete Anrechnungsvorschriften für diese Sektoren geeinigt. Die EU kommt ihren Verpflichtungen mit diesem Vorschlag nun nach. Der Vorschlag trägt außerdem zum Schutz der biologischen Vielfalt, zur Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums und zu einer klimafreundlicheren Landwirtschaft bei."

Wald- und Agrarflächen machen mehr als drei Viertel des EU-Gebiets aus und enthalten große natürliche Kohlenstoffvorräte. Sie vermeiden, dass der Kohlenstoff in die Atmosphäre entweicht, und sind damit für die Klimapolitik von großer Bedeutung. Bereits eine Erhöhung dieses „gebundenen“ Kohlenstoffs um nur 0,1 Prozent, beispielsweise durch eine verbesserte Wald- oder Grünlandbewirtschaftung, würde die jährlichen Emissionen von 100 Millionen Kraftfahrzeugen in die Atmosphäre abbauen. In dem heutigen Vorschlag werden zunächst nur Anrechnungsvorschriften vorgeschlagen, keine nationalen Emissionsreduktionsziele für diese Sektoren festgelegt. Das Europäische Parlament und der Rat der EU-Mitgliedstaaten müssen jetzt über den Vorschlag der Kommission beraten.

Weitere Informationen in der vollständigen [Pressemitteilung](#) und diesem [Hintergrundmemo](#) in englischer Sprache.

EU-KOM, PM, 112.03.2012: Reference: IP/12/234 Date: 12/03/2012

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/234&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

## Kommission schlägt Verbesserung der gemeinsamen Anrechnungsvorschriften für Treibhausgasemissionen in der Land- und Forstwirtschaft vor

HTML: [EN](#) [FR](#) [DE](#) PDF: [EN](#) [FR](#) [DE](#) DOC: [EN](#) [FR](#) [DE](#) [DA](#) [ES](#) [NL](#) [IT](#)

Brüssel, den 12. März 2012 – Durch die Annahme eines neuen Vorschlags für die Anrechnung von Treibhausgasemissionen hat die Europäische Kommission einen ersten Schritt getan, um die Emissionen und den Abbau von Treibhausgasen in der Land- und Forstwirtschaft in die Klimapolitik der EU einzubinden.

Der vorgeschlagene Beschluss enthält Anrechnungsvorschriften für Treibhausgasemissionen und deren Abbau in den Sektoren Land- und Forstwirtschaft, den letzten großen Sektoren ohne gemeinsame EU-weite Vorschriften.

Wald- und Agrarflächen machen mehr als drei Viertel des EU-Gebiets aus und enthalten große natürliche Kohlenstoffvorräte. Sie vermeiden, dass der Kohlenstoff in die Atmosphäre entweicht, und sind damit für die Klimapolitik von großer Bedeutung. Bereits eine Erhöhung dieses „gebundenen“ Kohlenstoffs um nur 0,1 % – beispielsweise durch eine verbesserte Wald- oder Grünlandbewirtschaftung – würde die jährlichen Emissionen von 100 Millionen Kraftfahrzeugen in die Atmosphäre abbauen.

Dennoch wurden die Anstrengungen von Landwirten und Waldbesitzern sowie deren bewährte Praktiken zur Sicherung der Kohlenstoffbindung in Wäldern und Böden bisher nicht oder nur zum Teil anerkannt. Grund dafür waren die Herausforderungen beim Zusammentragen robuster Daten über Kohlenstoff in Wäldern und Böden sowie das Fehlen gemeinsamer Vorschriften für die Anrechnung von Emissionen und deren Abbau. Jetzt, nach dem Beschluss der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (United Nations Framework Convention on Climate Change) vom Dezember 2011 über eine überarbeitete Anrechnungsregelung für Böden und Wälder, ist die EU entschlossen, die Lücke in ihrer Klimapolitik zu schließen und für eine einheitliche Anrechnung zu sorgen. So werden sich neue Möglichkeiten bieten, beispielsweise könnten Landwirte für ihren Beitrag zur Bekämpfung des Klimawandels im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik belohnt werden.

Die für Klimapolitik zuständige EU-Kommissarin Connie Hedegaard sagte hierzu: „Wir schlagen heute einheitliche Regeln für die Anrechnung von Emissionen in der Forst- und Landwirtschaft vor. Das ist ein erster Schritt, um diese Sektoren in die Anstrengungen der EU zur Emissionsminderung einzubinden. In Durban haben sich alle Länder auf überarbeitete Anrechnungsvorschriften für diese Sektoren geeinigt. Die EU kommt ihren Verpflichtungen mit diesem Vorschlag nun nach. Der Vorschlag trägt außerdem zum Schutz der biologischen Vielfalt, zur Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums und zu einer klimafreundlicheren Landwirtschaft bei.“

## Wie geht es weiter?

Der vorgeschlagene Beschluss über einheitliche Vorschriften für die Anrechnung von Treibhausgasemissionen und deren Abbau in den Bereichen Wälder und Böden werden dem Europäischen Parlament und dem Rat im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren vorgelegt. **Dieser Vorschlag hat auch zur Folge, dass jeder Mitgliedstaat verpflichtet ist, Aktionspläne zu verabschieden, mit denen EU-weit der Abbau von Kohlenstoff verbessert und die Treibhausgasemissionen reduziert werden können. In dem Vorschlag werden keine nationalen Emissionsreduktionsziele für diese Sektoren festgelegt. Dies wäre der nächste Schritt, wenn sich die Anrechnungsvorschriften als robust erwiesen haben.**

Weitere Informationen:

UN-Klimaschutzverhandlungen:

[http://ec.europa.eu/clima/policies/international/negotiations/durban/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/clima/policies/international/negotiations/durban/index_en.htm)

Wälder und Klimawandel: [http://ec.europa.eu/clima/policies/forests/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/clima/policies/forests/index_en.htm)

Siehe auch Q & A [MEMO/12/176](#)

---

COPA-COGECA, PM, 12.03.2012:

## Copa-Cogeca warnt vor neuen LULUCF-Vorschlägen zur Überwachung von Landnutzung und Landnutzungsänderung

Copa-Cogeca warnte heute vor neuen Vorschlägen der Europäischen Kommission, aufgrund derer die Sektoren der Land- und Forstwirtschaft als Bestandteil von Maßnahmen zur Eindämmung des Klimawandels ab 2013 Landnutzungsänderungen, die möglicherweise die Treibhausgasemissionen berühren, zu überwachen und hierüber Bericht zu erstatten hätten. „Diese sind beim jetzigen Kenntnisstand weder machbar noch kohärent“, betonte **Copa-Cogeca Generalsekretär Pekka Pesonen**.

Der Kommissionsvorschlag geht dahin, dass die Mitgliedstaaten Aufzeichnungen von mit Kohlenstoff-, Methan- und Lachgasemissionen verflochtener Aufforstung, Wiederaufforstung, Entwaldung, Forstbewirtschaftung, Ackerlandbewirtschaftung und Grünlandbewirtschaftung vorzunehmen hätten. Die Mitgliedstaaten hätten auch Aktionspläne zur Begrenzung bzw. Reduktion der Emissionen vorzulegen, wobei die Kommission Empfehlungen abgeben kann, um die Anstrengungen der Mitgliedstaaten zu untermauern. Die Mitgliedstaaten hätten die Befunde der Kommission gebührend zu berücksichtigen.

Dies ist, wie Pekka Pesonen argumentierte, nicht mit den internationalen Verpflichtungen vereinbar, die vor kurzem unter der zweiten Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls ab dem 1. Januar 2013 in Durban vereinbart wurden. Copa-Cogeca bittet die Kommission zu erklären, aus welchen Gründen sie erst drei Monate nach Durban eine Änderung der Regeln in Betracht zieht. Zum zweiten sind die **wissenschaftlichen Erkenntnisse zur Kohlenstoffbindungskapazität und zu den Emissionen von Böden sowie hinsichtlich der Auswirkungen diverser Bewirtschaftungsverfahren auf diesen Böden nach wie vor sehr lückenhaft.**

**Copa-Cogeca ist daher der festen Überzeugung, dass die obligatorische Anrechnung für Acker und Grünland aufgrund der administrativen Belastung und der Kosten für die Überwachung sowie der großen damit in Zusammenhang stehenden Ungewissheiten nicht in Vorschläge der Kommission einbezogen werden sollte, solange nicht ein deutlicher Beschluss in internationalen Verhandlungen gefallen ist. Die Auswirkung auf die Forstwirtschaft und die landwirtschaftliche Erzeugung ist noch nicht deutlich erwiesen.** Copa-Cogeca besteht darauf, dass die Anrechnung für Wald- und landwirtschaftlich genutzte Böden freiwillig gehalten wird.

Schließlich möchte Copa-Cogeca in Erfahrung bringen, wie dieser Vorschlag mit den Zielen verflochten werden soll, die in der „Lastenteilungsentscheidung“ 406/2009/EG für die einzelnen Mitgliedstaaten festgelegt wurden. Es ist nicht deutlich zu ersehen, wie der Beitrag von LULUCF zur EU-Treibhausgasreduktionsverpflichtung und die Gasemissionsgrenzen, die per oben genannter Entscheidung gesetzt wurden, behandelt werden (zusammen oder getrennt). Copa-Cogeca empfiehlt daher zusätzliche Analysen in Bezug auf die Konsequenzen einer Einbeziehung von LULUCF in die EU-Verpflichtungen und unterstreicht auch die Notwendigkeit einer Klärung der Anrechnungsmethoden wie auch des MRV (*measuring, reporting, verifying*)-Mechanismus, bevor beschlossen wird, ob LULUCF in die EU-Verpflichtungen einbezogen werden soll. „Vor dem Hintergrund der anstehenden GAP-Reform, der zunehmenden Nachfrage nach Lebensmitteln und großer Herausforderungen - wie schwindender Ressourcen und steigender Produktionskosten - für die europäischen Landwirte und ihre Genossenschaften fordere ich die Institutionen der EU dringend auf, Landwirten **keine zusätzlichen Auflagen aufzubürden und überstürztes Handeln zu vermeiden**“, sagte Pekka Pesonen.

---

Bayerisches Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, PM, 13.03.12:

## Bayern und Sachsen fordern Korrekturen bei EU-Agrarreform

(13. März 2012) **München / Dresden** – Bayern und Sachsen wollen sich gemeinsam für Nachbesserungen an den bisherigen Plänen zur Weiterentwicklung der EU-Agrarpolitik einsetzen. Das haben der bayerische Landwirtschaftsminister Helmut Brunner und sein sächsischer Kollege Frank Kupfer bei einer gemeinsamen Kabinettsitzung der beiden Länder in Dresden vereinbart. Insbesondere die Vorschläge der Kommission zur Neuabgrenzung der benachteiligten Gebiete sind nach Ansicht der Minister nicht akzeptabel. Sie befürchten bei Anwendung der vorgeschlagenen Abgrenzungskriterien starke Verwerfungen und Ungerechtigkeiten für die Bauern. Laut Brunner ist die Ausgleichszulage ein unverzichtbares Instrument zur Sicherstellung einer flächendeckenden Landbewirtschaftung. Für die Abgrenzung habe sich in Deutschland die aus der Bodenbewertung abgeleitete Landwirtschaftliche Vergleichszahl bewährt. Hierzu gebe es keine bessere Alternative. Die beiden Länder wollen sich deshalb bei der Bundesregierung dafür einsetzen, die Ablehnung der Neuabgrenzung zu einem für Deutschland nicht verhandelbaren Punkt zu erklären. Allein in Bayern liegen rund zwei Drittel der landwirtschaftlichen Betriebe in benachteiligten Gebieten.

Für einen falschen, weil nicht zeitgerechten Ansatz halten die beiden Minister auch die von Brüssel für nahezu jeden Betrieb mit Ackerland vorgesehene zusätzliche Bereitstellung von ökologischen Vorrangflächen. Laut Brunner wird dies dem ökologischen Wert einer kleinräumigen, bäuerlichen Landwirtschaft in Regionen wie Bayern nicht gerecht und steht zudem im Widerspruch zum wachsenden Bedarf an Lebensmitteln und zur Energiewende. Eine verschärfte Flächenkonkurrenz und steigende Pachtpreise wären die Folge. Zudem sei zu befürchten, dass die angestrebte „Umweltwirkung“ durch eine intensivere Bewirtschaftung der Restfläche wieder zunichte gemacht wird.

---

**Von:** ÖBV - Via Campesina Austria [<mailto:baeuerliche.zukunft@chello.at>]

**Gesendet:** Dienstag, 13. März 2012 16:07

## [Österreich:] Aufruf zur Demo „Wir haben es satt!“ – weiterleiten und dabei sein!

Liebe Leute!

ÖBV – Via Campesina Austria ist Mit-Initiatorin der Demo „Wir haben es satt! Eine neue Agrar- und Ernährungspolitik jetzt!“

**Die Demo wird am Freitag, dem 30. März 2012 um 10 Uhr vor dem Lebensministerium in Wien starten** und über den Ring zum Parlament ziehen, wo eine Petition an die Agrarsprecher aller Parteien übergeben wird.

**IHR SEID HERZLICH EINGELADEN!**

Mit der Demo wollen wir ein deutliches Zeichen setzen für eine ökologisch und sozial nachhaltige Landwirtschaft, ohne Ausbeutung von Menschen, Tieren und Umwelt, für das Menschenrecht auf Nahrung und Ernährungssouveränität!

Wir wollen an der Neugestaltung der Agrarpolitik in Europa und in Österreich mitarbeiten, weil sie uns alle betrifft!

Es wird eine friedliche, laute, bunte und große Demo werden. Sie ist der Auftakt zum einem agrarpolitischen Frühling, der die Weichen für die Zukunft stellen wird. Seid dabei!

Im Anhang findet ihr den Flyer. Bitte leitet ihn weiter und verbreitet ihn, soviel ihr nur könnt, an alle Email-Verteiler und bei allen Veranstaltungen, wo Menschen Interesse haben könnten. Wenn Ihr Flyer in ausgedruckter Form braucht, meldet Euch bitte.

Liebe Grüße,

das ÖBV – Team

ÖBV-Via Campesina Austria

Österreichische Berg- und

Kleinbäuer\_Innen Vereinigung Schwarzspanierstraße 15/3/1 1090 Wien Tel.:++43/(0) 1/8929400

[baeuerliche.zukunft@chello.at](mailto:baeuerliche.zukunft@chello.at) [www.viacampesina.at](http://www.viacampesina.at)

---

## Deutsche Agrarpolitik

Norddeutscher Rundfunk

[www.ndr.de/regional/mecklenburg-vorpommern/landwirtschaftsflaechen101.html](http://www.ndr.de/regional/mecklenburg-vorpommern/landwirtschaftsflaechen101.html)

10.03.2012 15:41 Uhr

# Ackerland in Firmenhand

## Immer mehr Land ist in den Händen weniger Groß-Investoren

Schwere Zeiten für Bauern in Ostdeutschland: Weil kapitalkräftige Investoren auf Einkaufstour sind, haben sich Preise für Ackerland verzehnfacht. Klassische Landwirte können da oft nicht mehr mithalten. Es sind Aktionäre und branchenfremde Investoren, die nach Äckern, Wäldern und Weiden greifen.

Möglich sei das auch durch die Bodenpolitik der Bodenverwertungs- und Verwaltungs GmbH (BVVG), so Agrarwissenschaftler und Biolandwirt Jörg Gerke aus der Nähe von Bützow. Viele Ländereien gingen nach der Wende in den Besitz des Bundes und wurden zunächst verpachtet. Diese Pachtverträge laufen jetzt aus. Große, zusammenhängende Flächen kommen auf den Markt, die vor allem für finanzstarke Investoren interessant sind. Diese erhielten die Flächen zu Preisen deutlich unter Marktniveau, sagte Gerke bei der Vorstellung einer neuen Studie zur ostdeutschen Bodenpolitik nach 1990 in Berlin.

### „Veruntreuung in großem Stil“

Nach seinem Buch „Das ostdeutsche Agrarkartell“ prangert er in der Studie die Vergabe von Agrarflächen in Ostdeutschland an und spricht von Veruntreuung im großen Stil durch die Privatisierungsgesellschaft des Bundes BVVG. Zu den Profiteuren der Bodenpolitik gehörten nicht nur „die alten DDR-Agrarkader“, sondern auch große Konzerne aus Westdeutschland. „Es geht um Subventionen an eine kleine Gruppe von Unternehmen“, die inzwischen einen zweistelligen Milliarden-Euro-Betrag erreicht hätten, so Gerke. Als Beleg führte er interne Schreiben des Bundeslandwirtschafts- und des Bundesfinanzministeriums aus dem Jahr 2009 an. Daraus gehe hervor, dass die Nachfolgebetriebe der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) seit den 90er Jahren bevorzugt worden seien. Sie hätten im Wege des Direkterwerbs, also ohne Ausschreibung, von der BVVG Flächen kaufen oder pachten können.

### Monopolisierung und Industrialisierung

Die gängige Praxis zementiere die von Großgrundbesitzern geprägte Agrarstruktur in Ostdeutschland, die kleinen und mittleren Betrieben kaum eine Chance lasse, sagte Gerke. Im vergangenen Jahr waren die Preise für ehemals staatliche DDR-Agrarflächen stark gestiegen. Käufer bezahlten durchschnittlich 12 640 Euro pro Hektar und nach BVVG-Angaben damit 21 Prozent mehr als im Vorjahr. Der Verkauf zog dennoch deutlich an: 42.800 Hektar wechselten den Besitzer, knapp zwei Drittel mehr als 2010. Bundesweit steigt die Nachfrage nach Ackerland, etwa weil wegen der Energiewende Platz für Stromtrassen und den Anbau von Energiepflanzen wie Raps oder Mais gebraucht wird. Die Folgen dieser Bodenpolitik sind eine Monopolisierung und Industrialisierung der Landwirtschaft.

---

AbL Landesverband Niedersachsen/Bremen, PM, 12.03.12:

## AbL fordert gesetzlichen Schutz gegen Boden-Preistreiberei

Verbesserte Eingriffsmöglichkeiten des Grundstücksverkehrsgesetzes gegen die Pacht- und Bodenpreisexplosion bei Agrarflächen hat die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) bei ihrer niedersächsischen Frühjahrs-Tagung in Syke zum Thema „Wer gewinnt den Kampf ums Land?“ diskutiert. Vor allem die Betreiber von stark geförderten Biogasanlagen, Großmastanlagen sowie außerlandwirtschaftliche Kapitalanleger könnten derzeit Preise bei Bodenkauf und Pacht zahlen, mit denen normale landwirtschaftliche Betriebe oder Biobauern nicht mehr mithalten könnten. Der AbL-Landesvorsitzende Martin Schulz forderte, die Möglichkeiten des Landpacht- und das Grundstücksverkehrsgesetz konsequent zu nutzen und auszubauen, die ja zur Verhinderung einer „ungesunden Verteilung von Grund und Boden“ und „nicht angemessener“ Flächen-Preise gedacht seien. Nicht nur in Niedersachsen, sondern bundesweit steigen laut Silke Dahl vom Niedersächsischen Statistik-Landesamt die Pacht- und Kaufpreise, vor allem in Nordrhein-Westfalen und im westlichen Niedersachsen mit Pacht-Spitzenpreisen im Landkreis Cloppenburg von 540 €/ha. Die Gründe lägen nicht im Flächenbedarf für Verkehrsprojekte und den damit verbundenen Naturschutz-Ausgleichsmaßnahmen, sondern in der Wachstumsstrategie von Biogasbetreibern und Intensiv-Viehhaltern bzw. den dafür geschaffenen Förder- und Politik-Rahmenbedingungen. Sie warnte aber auch vor einer „Geisterdebatte“ über Pachtpreise von 1200 Euro pro Hektar, die allenfalls in Sonderfällen für wenige Hektare gezahlt worden seien, die jetzt aber die Debatte um die Pachtpreise unnötig anheizten. Lediglich 5% der niedersächsischen Betriebe zahlten derzeit mehr als 800 Euro Pacht für den Hektar.

Über die Arbeit des landesweiten Ober-Gutachterausschuss für den Grundstücksverkehr berichtete Reinhard Krumbholz: Nach einem rezessionsbedingten Rückgang stiegen auch in Niedersachsen seit 2008 die Pacht- und Verkaufspreise wieder deutlich an: von 1,66 Euro/ha im Jahre 2002 auf 2.04 Euro/ha in 2011, mit Spitzen von 4 bis 6 Euro/ha in Regionen wie Südoldenburg oder Rotenburg. Die Kaufgebote von außerlandwirtschaftlichen oder ausländischen Investoren nähmen zu, wobei die Grundstücksverkehrsausschüsse der Landkreise in 33 von 81 beanstandeten Fällen dafür sorgten, dass ortsansässige Landwirte oder die Niedersächsische Landgesellschaft (NLG) den Vorrang beim Kauf gegenüber außerlandwirtschaftlichen Anbietern behielten.

Überraschung löste die Mitteilung aus, dass lediglich die Hälfte der Pachtverträge von den Pächtern bei den Landkreisen angemeldet werde und dass die bei den Notaren abgeschlossenen Landkaufverträge bisher von den Behörden nicht ausgewertet würden. Auch die Daten für den Flächenerwerb durch außerlandwirtschaftliche und ausländische Investoren würden nicht systematisch dargestellt. Strittig blieb die Frage, ob die EU-Flächensubventionen künftig nur für registrierte Pachtflächen gezahlt werden sollten.

Angesichts der schwindenden Mitgliederbasis des Bauernverbands forderte die AbL, dass pacht- oder kaufinteressierte Landwirte nicht mehr nur durch diesen Verband über ihr Vorkaufsrecht informiert werden, sondern dass - wie in anderen Bundesländern - alle Landwirte durch eine öffentliche Bekanntmachung davon erfahren könnten. Es sei zu prüfen, inwieweit die Landkreise bei der Besetzung der Ausschüsse nicht auch andere Landwirtschafts- oder auch Umweltverbände berufen müssten. „Ziel muss es sein“, so der AbL-Landesvorsitzende Martin Schulz, „dass bei Pacht und Bodenkauf solche Investoren ausgegrenzt werden, die sich nicht am landwirtschaftlichen Ertragswert einer Fläche orientieren müssen.“

Den internationalen Zusammenhang stellte Katrin Beckedorf vom Netzwerk VEN her: Durch die „Landgrabbing“-Aneignung von landwirtschaftlichen Nutzflächen durch Staaten, Konzerne und Finanzanleger in der Größenordnung würden jährlich Kleinbauern von mehr als 50 Millionen Hektar Land vertrieben.

---

TELEPOLIS, 06.03.2012: <http://www.heise.de/tp/artikel/36/36529/1.html>

## Große Worte, kleine Taten

### Die Union hat Spekulation mit Rohstoffen als Ursache für Hunger erkannt, will das Problem aber erst einmal beobachten

Silvio Duwe 06.03.2012

Schon seit langem wird die Spekulation mit Agrarrohstoffen von vielen Beobachtern kritisch verfolgt, immerhin steigen die Preise für Nahrung an den internationalen Märkten rapide an, seit Finanzinvestoren diese „Anlageklasse“ für sich entdeckt haben. 2011, so stellt der Tagesspiegel-Journalist Harald Schumann, der für Foodwatch eine vielbeachtete Studie [1] zu diesem Thema erstellt hat („Hände weg vom Acker, Mann!“ [2]), waren alle wichtigen Agrarrohstoffe nach Abzug der Inflation mindestens doppelt so teuer wie zehn Jahre zuvor. Allein 2010 seien laut der Weltbank die Nahrungspreise durchschnittlich um ein Drittel gestiegen, was 40 Millionen Menschen zusätzlich in absolute Armut gestürzt hat.

Auch die Union nimmt sich nun des Themas an, und verspricht mit geradezu revolutionären Worten gegen die Spekulation mit Nahrungsmitteln vorzugehen. Der Gesetzentwurf, mit dem die Union dies zu tun gedenkt, ist allerdings äußerst handzahn.

Mit einem Kongress, organisiert von den Finanz- und Entwicklungspolitikern der Unionsfraktion, wollen CDU und CSU demonstrieren, dass nicht nur die Opposition bereit ist, gegen problematische Spekulation vorzugehen. Den Grund dafür, dieses Engagement öffentlichkeitswirksam auf einem Kongress [3] mit dem Titel „Rohstoffhandel - Brauchen wir mehr Regulierung?“ zu demonstrieren, liefert der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder (CDU) gleich zu Beginn der Veranstaltung: Es sei bei ihnen streckenweise wie bei Künstlern, die den Beifall als Brot brauchen, so Kauder.

Der Beifall ist der Union sicher, immerhin lehnen einer Forsa-Umfrage [4] zufolge 84 Prozent der Deutschen Spekulation mit Agrarrohstoffen kategorisch ab. Viele Menschen, so Kauder, machten sich Sorge darüber, dass Lebensmittel so wie andere Rohstoffe auch der Spekulation unterliegen. Zwar sei Spekulation mit Rohstoffen nicht per se schlecht, immerhin zeige sie ja auch, wo ein Mangel und wo ein Überfluss herrsche. Trotzdem müsse die Frage gestellt werden, ob mit diesen Grundnahrungsmitteln spekuliert werden dürfe, zumal bisher nicht erkennbar sei, dass diese Spekulation den Entwicklungsländern geholfen habe.

Klaus-Peter Flosbach (CDU), der finanzpolitische Sprecher der Fraktion, wird deutlicher. Zwar wäre es falsch, den Finanzakteuren die Alleinschuld an der Situation an den Rohstoffmärkten zu geben, jedoch könne den Anlegern eine Mitverantwortung nicht abgesprochen werden. Durch die hohe Liquidität würden Anleger in Rohstoffen mittlerweile lukrative Investments sehen, so Flosbach. Durch die niedrigen Zinsen würden Rohstoffe dabei auch zunehmend für Versicherungen attraktiv.

Das billige Geld der Notenbanken fließt auch zunehmend in die Rohstoffmärkte

Tatsächlich warnen Beobachter bereits vor den Folgen der Politik der niedrigen Zinsen durch die Notenbanken. Diese sollen eigentlich dazu dienen, die Kapitalausstattung der Banken zu verbessern, damit diese Kredite für die Realwirtschaft bereitstellen und Staatsanleihen kaufen können. Doch ein guter Teil des billigen Geldes fließt offenbar in Rohstoffanlagen [5], die derzeit so stark zulegen können wie seit fast einem halben Jahr nicht mehr. Darunter leidet nicht nur die Süßwarenindustrie, in der sich kleinere Firmen mittlerweile sogar in ihrer Existenz bedroht [6] sehen, sondern es trifft vor allem die Menschen in den Entwicklungsländern, die fast ihr komplettes Einkommen für Lebensmittel ausgeben müssen und von jedem Preisanstieg besonders hart getroffen werden. Selbst kleinere Anleger, so Flosbach, würden auf die Rohstoffmärkte strömen um von kurzfristigen Preisschwankungen zu profitieren. Dabei nähmen sie einen immer stärkeren Einfluss auf die Rohstoffpreise. Flosbach kommt zu dem Schluss, diese Spekulation weder mit seinem Gewissen noch mit dem C im Namen

seiner Partei in Einklang bringen zu können. Er werde es nicht akzeptieren, dass durch Markteffekte der Hunger in der Welt gefördert werde.

Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) hingegen schwächt Flosbachs Haltung in seiner Rede auf dem Kongress ab. Das wichtigste sei es, zunächst einmal für mehr Transparenz und mehr Information zu sorgen. Die Preise würden voraussichtlich langfristig weiter steigen, weil die Weltbevölkerung weiter wächst und so leben möchte wie wir - trotz der vielen Sorgen, die wir haben, fänden das viele immer noch erstrebenswert, witzelt Schäuble.

Gesetzentwurf ohne Biss

Tatsächlich ist der Gesetzentwurf, den die Regierungsfractionen am Donnerstag gemeinsam im Bundestag einbringen wollen, kein großer Wurf - trotz des großen Titels „Rohstoffderivatemärkte gezielt regulieren“. Denn konkrete Maßnahmen finden sich in dem dünnen Entwurf, der derzeit noch nicht im Internet abrufbar ist, nicht. Vielmehr fordern die Regierungsfractionen die Bundesregierung in ihrem Entwurf lediglich auf, sich in Verhandlungen auf europäischer und internationaler Ebene für einige Allgemeinplätze stark zu machen. So soll sich die Bundesregierung dafür einsetzen, die Transparenz des Rohstoffderivatehandels zu erhöhen, für „angemessene Eingriffsinstrumente“ eintreten, den „legitimen Absicherungsinteressen der Realwirtschaft angemessene Rechnung tragen“ oder „eine effektive Aufsicht sicherzustellen“. Bei Agrarderivaten soll die Bundesregierung nach dem Willen der Koalitionsfractionen „zusätzliche und strengere Regulierungsmaßnahmen“ prüfen - ein echter Lösungsansatz sieht anders aus.

Der Grund für diese unkonkreten Vorschläge findet sich ebenfalls im Entwurf:

Um die Wechselwirkungen zwischen den Termin- und den Kassamärkten zu verstehen, müsse man in einem ersten Schritt mehr Transparenz schaffen. Bisher, so die Logik der Union, gebe es schlicht nicht genug Daten, um sinnvoll regulieren zu können, diese müssen demnach zunächst einmal von den Aufsichtsbehörden gesammelt werden. Zudem könnten die Marktteilnehmer dann selbst aktiv werden und sich besser auf die Entwicklungen einstellen, so der Entwurf. Doch zu wissen, welche Investmentgesellschaften hinter einem Preisanstieg stecken, hilft den Betroffenen im Ernstfall auch nicht wirklich weiter.

Blase bei der Spekulation auf Rohstoffen?

Dabei wäre es dringend geboten, mehr zu tun, wie Raimund Röseler von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) auf dem Kongress erläutert. Er sieht durch das billige Geld die Gefahr gegeben, dass im Rohstoffbereich eine neue Blase entsteht. Durch diese Flut an Liquidität bekämen auch Banken, die in diesem Bereich keine Ahnung haben, Anreize, sich in Rohstoffen zu engagieren. Es dürfe jedoch nicht mehr vorkommen, dass Investoren in Dinge investieren, von denen sie nichts verstünden.

Röseler kündigt an, sich das Verhalten der Investoren daher künftig genauer ansehen zu wollen. Zugleich warnt er jedoch auch vor drohendem Marktmissbrauch, denn einige Investoren würden die Rohstoffe physisch hinterlegen und so in Erwartung steigender Preise eine künstliche Verknappung herbeiführen.

Tatsächlich hat die Politik in der Vergangenheit unter anderem auch durch die Förderung privater Altersvorsorge dafür gesorgt, dass immer mehr Kapital auch von Kleinanlegern auf die Finanzmärkte strömt - und damit unter anderem auch in Agrarrohstoffen Anlagemöglichkeiten sucht. Mit einem Verbot von Investments von privaten Kleinsparern, Stiftungen und anderen Anlegern, die kein realwirtschaftliches Interesse am Rohstoffmarkt verfolgen, wie es Schumann fordert, ist daher, trotz aller Rhetorik seitens der Union, nicht zu rechnen.

Links

[1] <http://foodwatch.de/e10/e45260/e45263>

[2] <http://www.heise.de/tp/artikel/35/35709/1.html>

[3] <http://tinyurl.com/7xwvwnl>

[4] <http://www.welt.de/wirtschaft/article13718382.html>

[5] <http://www.faz.net/-gvz-6xudf>

[6] <http://tinyurl.com/71l29wm>

---

## **Milch**

Topagrar.com, 13.03.12: <http://www.topagrar.com/news/Markt-News-Aktuellen-Spotmilchpreise-790095.html>

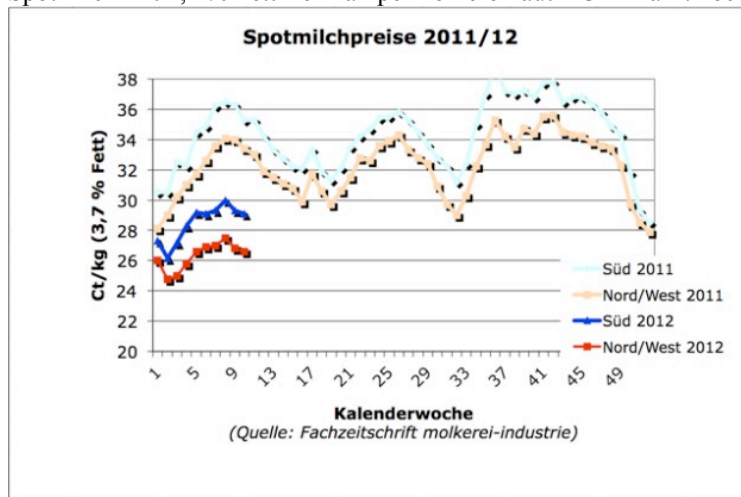
## **Aktuelle Spotmilchpreise**

Für die Kalenderwoche 10 liegen jetzt für Nordwest- und Süddeutschland die neuen Spotmilch-Notierungen vor. Die Preise für Spotmilch stehen bundesweit weiter unter Druck. Das berichtet die Fachzeitschrift Molkerei-Industrie. Im Süden wurde 1 kg Spotmilch (3,7 % Fett, ab Rampe) jetzt für 29,1 Ct gehandelt, im Nord-Westen für 26,6 Ct. Das entspricht in beiden Regionen einem Rückgang von 0,2 Ct.

In den Nachbarländern zeigt sich ein ähnliches Bild: In Italien gaben die Preise laut Clal.it deutlich nach. Seit gestern bewegen sich die Notierungen zwischen 36,09 und 37,12 Ct. Zuvor lag die Spanne zwischen 36,60 Ct und 38,66 Ct.



In den Niederlanden lag die Notierung in der Kalenderwoche 9 bei 29 Ct. Eine Woche zuvor wurde für Spotmilch mit 4,4 % Fett frei Rampe Molkerei laut DCA-Markt noch ein Preis von 30,25 Ct gezahlt.



BDM, PM, 13.03.12:

## [BDM:] Molkereien müssen bei Kontraktverhandlungen Stärke beweisen -

### Auch Politik in der Verantwortung positive Marktsignale zu setzen

(Freising) Der Bundesverband Deutscher Milchviehhalter BDM e.V. fordert die deutsche Molkereiwirtschaft auf, bei den laufenden und auch den kommenden Kontraktverhandlungen mit dem Handel im Sinne der Milcherzeuger zu verhandeln und Stärke zu beweisen.

Die Einkaufspreise für Futter-/Düngemittel, Energie etc. haben sich ebenso wie die Pachtpreise deutlich verteuert – damit sind die Kosten für die Milchproduktion weiter gestiegen. Vier bis sechs Cent mehr bräuchten die Milcherzeuger, um ihre Vollkosten zu decken. Eine mögliche Milchpreissenkung ist vor diesem Hintergrund für die Milchviehhalter nicht akzeptabel.

Nach Ansicht des BDM muss nun die Molkereiseite beweisen, dass man sich mit den jüngsten Molkereifusionen tatsächlich besser gegenüber dem Handel aufgestellt hat. Das muss sich – wie vollmundig angekündigt - auch für die Milcherzeuger positiv auswirken.

An die Bundesregierung richtet der BDM den Appell, der aktuellen Marktentwicklung Rechnung zu tragen und die politisch beschlossene, jährliche Quotenerhöhung von 1% zum 1. April in diesem Jahr zu überdenken. Aus Sicht der Milcherzeuger wäre es - auch für die anstehenden Preisverhandlungen - ein starkes Marktsignal, die zugewiesene Quotenerhöhung vorübergehend in der nationalen Reserve zu belassen und damit den Markt nicht zusätzlich durch weitere Milchmengen zu belasten.

„Das wäre eine mengenwirksame und für den Staat kostenneutrale Maßnahme, mit der die Politik zeigen könnte, dass man durch ein vorausschauendes und präventives Agieren Wertschöpfungsverluste vermeiden und Kosten sparen kann“, begründet BDM-Vorsitzender Romuald Schaber den Vorschlag der Milcherzeuger. „Sorgt man jetzt dafür, dass zusätzliche Mengen erst gar nicht produziert werden, solange der Markt sie nicht aufnehmen kann, vermeidet man später staatliche Ausgaben für marktberichtigende Maßnahmen sowie staatliche Hilfspakete. Gleichzeitig ist es ein wichtiges Signal für alle Marktpartner.“

Der Tagesspiegel (Berlin), 12.03.12:

<http://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/bauern-warnen-vor-milchschwemme-es-wird-produziert-auf-teufel-komm-raus/6314658.html>

## Bauern warnen vor Milchschwemme

„Es wird produziert auf Teufel komm raus“

Von Heike Jahberg

**Romuald Schaber**, Chef des Bundesverbands Deutscher Milchviehhalter, über Billigmilch im Laden, Hochleistungskühe im Stall und Landwirte, die aufgeben müssen.

*Herr Schaber, vor vier Jahren haben Sie Ihre Milch weggekippt, um gegen die niedrigen Milchpreise zu protestieren. Heute gibt es den Liter Vollmilch im Laden für 55 Cent. Wie viel bekommt der Milchbauer davon?*

**33 Cent.** An der 55-Cent-Milch verdient niemand etwas. Das ist Dumping von der Produktion bis zum Ladenregal.

#### **Warum macht der Handel das?**

Der Handel nutzt seine billigen Eigenmarken, um die Leute in den Laden zu locken. Milch, Joghurt und Butter braucht man jeden Tag, die stehen hinten im Laden. Und auf dem Hin- und Rückweg kaufen die Leute eben noch andere Sachen.

#### **Haben Sie damals, als Sie Ihre Milch auf die Straße geschüttet haben, noch weniger bekommen?**

Nein, das war in etwa dasselbe. Ein Jahr zuvor hatten wir noch über 40 Cent für den Liter erhalten. Doch dann hat die Politik reagiert und die Milchquote, also die erlaubte Produktionsmenge, heraufgesetzt. Das war der Anfang vom Ende. 2009 haben wir teilweise nur noch 15 Cent für die Milch bekommen. Trotzdem hat die Politik weitergemacht. Die Milchquote wird Jahr für Jahr um ein Prozent angehoben, 2015 soll sie ganz auslaufen.

#### **Wie viel Geld bräuchten Sie, um über die Runden zu kommen und Rücklagen zu bilden?**

**42 bis 43 Cent wären nötig.** Viele Bauern verdienen zu wenig, um für ihr Alter vorzusorgen. Das ist ein Riesenproblem.

#### **Wie viele Bauern geben ihre Höfe auf?**

2010 hatten wir noch 93 000 Betriebe, jetzt sind es zwischen 80 000 und 85 000. Die, die jetzt aussteigen, haben oft nur eine Minirente von weniger als 500 Euro.

#### **Sie haben auf Ihrem Hof 43 Kühe. Kann man davon leben?**

Es gibt Betriebe mit 30 oder 35 Kühen, die davon leben können. Weil sie gut wirtschaften und weil ihr Betrieb ausläuft. Wenn man nicht mehr groß investiert, ist man zehn, 15 Jahre lang relativ wettbewerbsfähig. Für meine Familie trifft das aber nicht zu. Wir wollen unseren Betrieb weiterentwickeln. Das geht nicht mit 43 Kühen. Wir haben daher noch eine kleine Biogasanlage, wir bringen gegen Entgelt für andere Bauern die Silage ein, und wir haben unsere Dächer mit Fotovoltaik ausgestattet.

#### **Die Tiere geben Milch. Jeden Tag. Egal, wie viel der Bauer dafür bekommt. Wie gut kann man da verhandeln?**

Schlecht. Der Einzelne hat überhaupt keinen Einfluss. Aber auch die Genossenschaften, zu denen sich viele Bauern zusammengeschlossen haben, haben wenig Macht. Die größte Genossenschaft ist das Deutsche Milchkontor, ein Zusammenschluss von Humana und Nordmilch. Die produzieren und verarbeiten sieben Milliarden Liter im Jahr. Aber selbst wenn das Deutsche Milchkontor beschließen würde, weniger zu produzieren, stoßen einfach andere nach. Das verpufft.

#### **Die Molkereien geben den Bauern die Preise vor?**

Ja. Das soll sich jetzt aber durch das neue **Milch-Paket der Europäischen Union** ändern, das wahrscheinlich im April in Kraft tritt. Zumindest für die Privatmolkereien.

#### **Inwiefern?**

Es sind **vier Dinge beschlossen** worden: Die Mitgliedsländer können künftig **Verträge** zwischen Bauern und Molkereien vorschreiben. Darin müssen Preise, Mengen und Lieferzeiten festgelegt werden. Außerdem können sich die Bauern leichter zu **Erzeugergemeinschaften** zusammenschließen, auch grenzüberschreitend. Man darf – drittens – **Branchenorganisationen** bilden, in denen sich Bauern, Molkereien und der Handel austauschen. Außerdem soll künftig besser **gekennzeichnet** werden, woher die Milch kommt. **Und auch unsere Forderung nach einer Monitoring-Stelle ist zumindest zum Teil berücksichtigt worden.** Wir wollen eine europäische Stelle, die Mengenvorgaben macht und darauf achtet, dass diese eingehalten werden.

#### **Das haben Sie aber in Brüssel nicht durchsetzen können.**

Die Monitoring-Stelle wird zunächst nur den Markt beobachten und untersuchen, wer wie viel an der Milch verdient. Aber das ist schon mal ein erster Schritt.

#### **Was passiert, wenn die Milchquote ausläuft?**

Dann bekommen wir amerikanische Verhältnisse, mit gewaltigen Preisschwankungen und Spekulationen. Davor haben wir natürlich Angst. Wir wollen nicht Spielball der Märkte sein. Wir brauchen Stabilität. Davon profitieren letztlich alle – auch die Verbraucher. Als unsere Erzeugerpreise 2009 um 30 Prozent in den Keller gegangen sind, ist die Milch im Laden gerade mal um drei Prozent billiger geworden. Den Rest haben die Großmolkereien eingestrichen. Wir haben geblutet, und beim Verbraucher kam nichts an.

#### **In Asien steigt die Nachfrage nach Milch. Ist das ein Ausweg, wenn die Preise in Europa zu niedrig sind?**

Wir steuern auf eine Rekordproduktion bei der Milch zu. In Deutschland werden wir dieses Jahr erstmals die 30-Milliarden-Kilo-Marke knacken, bis 2008 waren es gut 28 Milliarden. Das liegt an der Ausdehnung der Milchquote, es wird produziert auf Teufel komm raus. Die Preise gehen schon wieder bergab. In den letzten Monaten ist massiv exportiert worden – vor allem Käse nach Russland. Das ging aber nur, weil die Preise niedrig sind und wir unsere Milch nicht kostendeckend verkaufen können.

#### **Was bedeutet die Milchschwemme für den Preis?**

Schwer zu sagen. In Frankreich haben die Molkereien angekündigt, für die neuen Verträge nur noch 26 Cent statt 32 Cent zahlen zu wollen. Das ist eine Katastrophe, denn in den letzten Jahren sind unsere Kosten – Saatgut, Düngemittel, Kraftfutter, Energie – enorm gestiegen, seit 2006 um 40 Prozent.

**Werden Sie in diesem Jahr also wieder Milch wegschütten?**

Das kann immer nur das letzte Mittel sein. Aber wir werden öffentlichkeitswirksam protestieren.

**Eine Hochleistungskuh gibt bis zu 12 000 Liter Milch im Jahr. Geht das nur mit Doping?**

Nein, aber die Leute, die schaffen, dass ihre Kühe so viel Milch geben, sind absolute Profis. Das geht nur mit Spezialfutter und einem ausgeklügelten Stallmanagement.

**Wie viel Milch geben Ihre Tiere?**

7500 Liter, Tendenz steigend. Wir finden, eine Kuh sollte vor allem Gras fressen. Und bei uns liegt die Grundfutterleistung – also das, was die Kühe liefern, wenn sie nur Gras und ein bisschen Mais bekommen – bei mehr als 5000 Litern, darauf sind wir stolz. Üblich sind 3500 Liter.

**Wie lange lebt eine Kuh?**

Eine Kuh kann 15 bis 20 Jahre alt werden. Aber das erlebt kaum ein Tier. Die deutschen Milchkühe geben zwei Jahre lang Milch, dann sind sie viereinhalb und werden geschlachtet.

**Warum so früh?**

Weil die Jungtiere leistungsfähiger und fitter sind und die älteren Kühe verdrängen. Die könnten aber sicherlich länger Milch geben, wenn sie sich nicht so verausgaben würden.

**Was wird aus den Kühen, die geschlachtet werden?**

Aus dem Fleisch wird Wurst gemacht. Die Vorderteile werden in Deutschland fast komplett von McDonald's aufgekauft und zu Hamburgern verarbeitet.

**Als Alternative zur Billig- und Ökomilch haben Sie die „faire Milch“ erfunden. Die Kühe bekommen vor allem Gras, Gentechnik ist verboten und die Bauern erhalten höhere Preise. Wann gibt es diese Milch in Berlin?**

Wir sind im Süden gestartet, inzwischen sind wir in sechs Bundesländern vertreten. Wir wollen die Milch in den nächsten Monaten aber in ganz Deutschland verkaufen.

**Hand aufs Herz: Schmeckt Ihre „faire Milch“ anders als die Milch für 55 Cent?**

Ja. Sie ist süßer, weil mehr Gras drin ist. Je mehr Mais gefüttert wird, desto saurer schmeckt die Milch.

Das Interview führte Heike Jahberg.

---

Süddeutsche Zeitung, 13.03.12: Wirtschaft

## Einfach zu viel Milch

### Der Preis macht's: Landwirte halten erneute Proteste für möglich

Von Daniela Kuhr

Berlin - Die Milchbauern in Deutschland befürchten einen erneuten Preisverfall bei Milch. 'Der nächste Preiseinbruch zeichnet sich bereits ab, weil einfach sehr viel Milch auf dem Markt ist', sagte eine Sprecherin des Bundesverbands deutscher Milchviehhalter (BDM) am Montag zur SZ. Aus den Molkereien seien bereits entsprechende Signale zu vernehmen gewesen. Zuvor hatte auch BDM-Chef Romuald Schaber gewarnt, dass der Markt mit Milch regelrecht überschwemmt werde. 'Es wird produziert auf Teufel komm raus', sagte Schaber im Berliner Tagesspiegel. Er prognostizierte, dass in diesem Jahr erstmals die Grenze von mehr als 30 Milliarden Kilo Milch überschritten werde. Bis zum Jahr 2008 seien nur gut 28 Milliarden Kilo im Jahr gewesen.

Hintergrund ist, dass die EU vor einigen Jahren beschlossen hat, den Bauern nicht mehr so strikt vorzuschreiben, wie viel Milch sie produzieren dürfen. Seit diesem Beschluss wird die Milchquote Schritt für Schritt erhöht und soll 2015 ganz auslaufen. Die im BDM organisierten Milchbauern lehnen das Auslaufen der Quote ab, weil die größere Menge an Milch, die dadurch auf den Markt gelange, den Preis unter Druck setze. Derzeit erhalten die deutschen Bauern laut Schaber 33 Cent für einen Liter Milch. 'Das ist eine Katastrophe.' Um kostendeckend zu arbeiten, müssten sie nach Auffassung des BDM rund 40 Cent erhalten. 2008 und 2009 waren die Milchpreise schon einmal stark unter Druck geraten. Damals hatten die Milchbauern massiv gegen den Preisverfall protestiert und sogar öffentlichkeitswirksam Milch weggeschüttet. Der Verbandschef kündigte nun erneut Proteste der Milchbauern gegen die drohenden Niedrigpreise an.

Die Forderung nach einem Mindestpreis von 40 Cent ist allerdings schon allein deshalb schwierig, weil die Situation der Landwirte sehr unterschiedlich ist. Während der eine Betrieb so effizient organisiert ist, dass er seine Kosten schon bei einem Preis von 25 Cent decken kann, benötigen andere 35 Cent.

Beim Deutschen Bauernverband sieht man die Lage momentan noch entspannt. 'Wenn Sauenhalter, Ferkelzüchter oder Schweinemäster sich über das Preisniveau beklagen würden, könnte ich das verstehen', sagte ein Sprecher. 'Aber der Milchpreis ist zurzeit gar nicht so schlecht.' Zwar sei er tatsächlich zuletzt zurückgegangen, 'aber wie in jedem landwirtschaftlichen Bereich unterliegen nun einmal auch die Milchpreise den Schwankungen des Weltmarkts'. Langfristig aber sei die Nachfrage in jedem Fall vorhanden, ist er überzeugt.

Quelle Verlag Süddeutsche Zeitung Datum Dienstag, den 13. März 2012 Seite 20

---

BMELV, PM, 13.02.2012:

# Staatssekretär Dr. Müller: Milchpaket bietet große Chancen zur Bündelung von Rohmilch

Auf der heute in Herrsching am Ammersee stattfindenden Mitgliederversammlung der Milcherzeugervereinigung Bayern MeG erklärte der Parlamentarische Staatssekretär bei der Bundeslandwirtschaftsministerin, Dr. Gerd Müller: „Das von Parlament, Ministerrat und Kommission der Europäischen Union beschlossene Milchpaket erlaubt Erzeugerorganisationen und deren Vereinigungen in Deutschland jeweils eine Bündelung von bis zu 5,2 Millionen Tonnen Rohmilch. Darüber hinaus könnten Vereinigungen von Erzeugerorganisationen zukünftig auch selbst Preise mit den Molkereien verhandeln.“ Der Staatssekretär erläuterte weiter, dass die Angebotsbündelung sowie die unmittelbare Verhandlungsmöglichkeit der Milchpreise die Milcherzeugergemeinschaften und ihre Vereinigungen dem Ziel einer Vermarktung der Rohmilch auf Augenhöhe mit den Molkereien deutlich näherbringe. „Hier werden wichtige Voraussetzungen geschaffen, damit die Milcherzeuger eine stärkere Stellung in der Wertschöpfungskette Milch erhalten“, sagte Müller.

Der Staatssekretär wies ferner auch auf die Grenzen hin, die das Milchpaket vorsieht. Durch die Bündelung der Rohmilch dürfe der Wettbewerb nicht ausgeschlossen und kleine und mittlere Molkereiunternehmen nicht gefährdet werden. Kartellrechtlich sei zudem eine enge Abstimmung mit dem Bundeskartellamt erforderlich [Anm. uj: das bestreitet das Bundeskartellamt aber eindeutig, da die Zuständigkeit für die Genehmigung von MEGs bei den Landesbehörden, nicht aber beim Kartellamt liegt]. Dieses hatte im Rahmen seiner Sektoruntersuchung Milch der Verwendung und Verbreitung aktueller, betriebsbezogener Milchpreise in Marktinformations- und Referenzpreissystemen eine Absage erteilt [Anm. uj: Das sagt das Bundeskartellamt für die Ebene der Molkereien, nicht aber für die Ebene der Erzeuger! Auch deshalb erlaubt das Bundeskartellamt solche Preisvergleiche insbesondere für Erzeugergemeinschaften ausdrücklich!]

---

Topagrar.com, 13.03.12:

<http://www.topagrar.com/news/Rind-News-Proteste-gegen-DMK-Plaene-792565.html>

## Proteste gegen DMK Pläne

Beschäftigte des Deutschen Milchkontor (DMK) wollen heute vor der Hauptverwaltung des Konzerns in Bremen gegen Standortschließung und Arbeitsplatzabbau protestieren. Dazu aufgerufen hatte die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG).

Anlass der Proteste sind die geplanten Schließungen der Werke in Strückhausen (Kreis Wesermarsch) und Magdeburg. Zusammen mit Produktionsverlagerungen an den Standorten in Rimbeck und Everswinkel, Georgsmarienhütte und Hohenwestedt seien insgesamt 240 Arbeitsplätze bedroht. Dagegen protestieren Arbeitnehmervertreter aus allen Konzernstandorten. Sie fordern von Geschäftsführung und Aufsichtsrat einen sofortigen Stopp der Pläne.

Über die geplanten Maßnahmen wird der Aufsichtsrat entscheiden. Die gewerkschaftlichen Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat haben jedoch bereits angekündigt, gegen die Konzepte der Geschäftsführung zu stimmen. Die NGG rechnet damit, dass sich die Geschäftsführung oder Vertreter im Laufe der Proteste zu den Vorwürfen äußern werden.

Die Beschäftigten des DMK sind davon überzeugt, dass diese Umstrukturierungen nicht notwendig sind: Diese Maßnahmen würden die betroffenen Standorte nur noch weiter schwächen. Laut dem stellvertretende NGG Vorsitzende, Claus-Harald Güster, nutzen "die Pläne der Geschäftsführung weder den Beschäftigten, noch wird unseres Erachtens das DMK damit den Wettbewerb um den Milchauszahlungspreis bei den Bauern gewinnen."

---

DMK Deutsches Milchkontor GmbH, PM, 13.03.12:

## DMK bündelt Produktionskapazitäten

### Aufsichtsrat beschließt Optimierung der Werksstruktur

Bremen, 13. März 2012. In seiner Sitzung am 13. März hat der Aufsichtsrat des Molkereikonzerne DMK Deutsches Milchkontor GmbH über die künftige Werksstruktur beraten und basierend auf dem Konzept der Geschäftsführung sowie einem Gegengutachten der Arbeitnehmerseite mehrheitlich die Optimierung der Werksstruktur beschlossen. Diese sieht eine Bündelung der Produktionskapazitäten zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit und langfristigen Zukunftssicherung des Unternehmens vor. Die Maßnahmen beinhalten Verlagerungen von Produktionsabteilungen sowie die Schließung von zwei Standorten.

Das Programm stellt einen wichtigen Schritt zur weiteren Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens dar und sichert langfristig den Erhalt von mehreren Tausend Arbeitsplätzen und einen nachhaltig wettbewerbsfähigen Milchpreis für die über 11.000 genossenschaftlich organisierten Anteilseigner.

Bereits zum Zeitpunkt der Fusion war absehbar, dass es Veränderungen bei den 20 Produktionsstandorten mit über 50 teilweise sehr ähnlichen Produktionsabteilungen geben muss. Bis 2014 sollen die Veränderungen an 10

der aktuell 20 DMK-Produktionsstandorte abgeschlossen sein, hauptsächlich handelt es sich dabei um interne Verlagerungen von Abteilungen zur Bündelung von Produktionskapazitäten. Der DMK-Standort Strückhausen und die 100%ige Konzerntochter Milchhof Magdeburg werden vor dem Hintergrund besserer Verwertungen der Milch an benachbarten Standorten bis Mitte 2013 geschlossen. In Strückhausen und Magdeburg arbeiten derzeit 56 bzw. 59 Mitarbeiter. Konzernweit sind bis zu 238 Arbeitsplätze von den Strukturmaßnahmen betroffen, gleichzeitig werden – durch den Aufbau bzw. Erweiterung von Abteilungen – 82 Stellen an drei Standorten neu geschaffen. Unter dem Strich bedeutet das den Abbau von bis zu 156 Stellen.

DMK legt größten Wert auf eine sozialverträgliche Gestaltung der anstehenden Veränderungen. Erklärtes Ziel ist es, betriebsbedingte Kündigungen - durch die Ausschöpfung aller möglichen Begleitmaßnahmen - auf ein Minimum zu reduzieren oder Mitarbeitern Angebote der Weiterbeschäftigung an anderen Standorten zu machen. Die Gespräche mit der Arbeitnehmerseite sind bereits gestartet.

Über DMK

Die Humana Milchindustrie GmbH und die Nordmilch GmbH haben sich im Mai 2011 zur neuen Nummer 1 der deutschen Milchindustrie zusammengeschlossen: DMK Deutsches Milchkontor GmbH, kurz DMK. Hinter dem DMK stehen über 11.000 aktive Milcherzeuger mit 6,8 Milliarden Kilogramm Milch. Diese wird an 23 Standorten mit Hilfe von mehr als 5.500 Mitarbeitern unter anderem zu Milchfrischprodukten wie Milch, Joghurt und Quark, Käse, milchbasierten Inhaltsstoffen für die Lebensmittelindustrie sowie Babynahrung, Eiskrem und Gesundheitsprodukten verarbeitet. Mit rund 4 Milliarden Euro Umsatz gehört das Unternehmen auch europaweit zu den Top Ten der Milchindustrie.

---

LZnet, 1303.12:

[http://www.lebensmittelzeitung.net/news/markt/protected/Schwaelbchen-Verbucht-Millionenverlust\\_92342.html](http://www.lebensmittelzeitung.net/news/markt/protected/Schwaelbchen-Verbucht-Millionenverlust_92342.html)

## Schwälbchen verbucht Millionenverlust

LZnet/sl. Die Molkerei Schwälbchen hat für 2011 einen Jahresfehlbetrag von 2 Mio. Euro verbucht. Auch nach Konsolidierung der in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften verbleibt ein Ergebnis von minus 0,94 Mio. Euro. Das Unternehmen teilte mit, die schwierige Lage sei maßgeblich durch die unzureichenden Abgabepreise für Konsummilch und Frischeprodukte verursacht.

Den konsolidierten Umsatz hatte die Schwälbchen-Gruppe um 11,2 Prozent auf 198,9 Mio. Euro gesteigert. Die Milchverarbeitung wurde um 2,6 Prozent auf 179 Mio. Kilogramm erhöht.

Der Standort Marburg sei Ende des Jahres wegen fehlender Wirtschaftlichkeit geschlossen worden. Dort hatte Schwälbchen ausschließlich Haltbare Milch produziert. Um das Geschäftsvolumen in diesem Bereich zu behalten, hat das Unternehmen eine strategische Allianz mit der Milch-Union Hocheifel geschlossen.

---

Topagrar.com, 12.03.2012: <http://www.topagrar.com/news/Rind-News-2-Biomilch-reichen-nicht-789131.html>

## "2 % Biomilch reichen nicht"

Die deutsche Biomilch-Produktion wächst angesichts der Zuwachsraten bei der Nachfrage zu langsam. Das erklärte Dr. Ulrich Schumacher, Referent für Tierhaltung beim Ökoverband Bioland, bei der 7. Internationalen Bioland-Milchviehtagung vergangene Woche in Reinfeld.

"Wir müssen uns darum kümmern, dass die Bio-Milchproduktion künftig stärker wächst. Derzeit beträgt der Anteil der Biomilch mit 600 Mio. Litern nur rund 2 % an der gesamten deutschen Milchproduktion. Das ist zu wenig, wenn wir Leitbild der Agrarpolitik sein wollen!" so Schumacher, der selbst auf dem Gut Wilhelmsdorf in Bielefeld, Biomilch produziert und zum Teil selbst verarbeitet.

In der Erzeugung und Vermarktung müssten deshalb deutlich Zeichen gesetzt werden und die Rahmenbedingungen für die Umstellung verbessert werden. In vielen Bundesländern gebe es keine Anreize mehr, umzustellen. Der deutsche Biomilchmarkt werden immer stärker von ausländischen Molkereien beliefert. So gebe es in Dänemark immer noch viele Neuumsteller, weil das Molkereiunternehmen Arla ausreichend Anreize dafür biete. In Deutschland dagegen sei die Umstellung derzeit durch den geringen Preisabstand zur konventionellen Milch für viele nicht sehr attraktiv.

Schumacher kritisierte die wachsende Konkurrenz um die Flächen, die durch das Erneuerbare Energien-Gesetz angetrieben werde: "Dieser Konkurrenz sind wir nicht gewachsen", betonte der Landwirt. Er verwies diesbezüglich auf das von Bioland gemeinsam mit dem Ökoverband Naturland verfasste Positionspapier.

Dr. Schumacher berichtete den Tagungsteilnehmern auch über die laufende Leitbild-Diskussion im Verband. Mit den Verbandsmitgliedern soll diskutiert werden, wo man in 10 bis 15 Jahren stehen wolle. Dabei spielen unter anderem Fragen wie die Haltung von behornen Tieren, Fragen zur Tiergesundheit und zur Vermarktung zentrale Rollen.

---

Merkur online, 12.03.2012:

<http://www.merkur-online.de/lokales/landkreis-fuerstenfeldbruck/faironika-soll-auch-jogurth-liefern-1870788.html>

## Kuh Faironika soll auch Jogurth liefern

Fürstenfeldbruck - Die Faire Milch darf weiterhin Faire Milch heißen. Nach diesem Urteil starten die Milchviehhalter erneut durch.

„Das ist ein Schwung voran für uns“, kommentiert Johann Schamberger das Urteil im Namensstreit, in dem der Bund Deutscher Milchviehhalter (BdM) Recht bekam. Die Milch, für die Bauern wirklich die zur Rentabilität nötigen 40 Cent bekommen, darf also weiterhin „Faire Milch“ heißen und kann weiter mit der bunten Kuh „Faironika“ beworben werden - so wie es etwa neuerdings im Getränkemarkt Krämer in Olching der Fall ist. Die Faire Kuh mitten in der jüngsten Stadt Bayerns - ein Fortschritt für die Milch-Aktivisten.

Überall steigen die Absatzzahlen der Fairen Milch, berichtet Schamberger. Im Kreis Bruck gibt es sie mittlerweile in 18 Läden, allen voran die AEZ- und Rewe-Supermärkte. Die Milch bieten aber auch Dorfläden an, etwa in Adelshofen und Landsberied, der Getränkemarkt in Landsberied, der Genossenschaftsladen Grafrath oder die Filialen der Jesenwanger Bäckerei Drexler.

Freilich, das räumt Schamberger ein, einen Hersteller der Milch aus dem Landkreis gibt es (noch) nicht. Die Mengen sind zu klein - was eine Sprecherin der Milchvermarktungsgesellschaft MVS mit Sitz in Hallbergmoos prinzipiell bestätigt. „Wir brauchen immer mehr Lieferanten aus einer Gegend, sonst wird der Sammelwagen nicht voll und der Transport lohnt sich nicht.“

Klar ist aber: Wer in Bruck Faire Milch kauft, bekommt Bayerische Milch (siehe Kasten). Die MVS-Sprecherin findet es „total zaubernd“, wie die Faire-Milch-Aktivisten vor Ort helfen, um die Marke aufzubauen. Gerade die kleineren Läden würden oft von Zwischenlagern auf Bauernhöfen mit der H-Milch beliefert, da so die Wege kürzer seien - genau wie es Johann Schamberger aus Moorenweis auch macht, der schon vom (unentgeltlichen) Lieferanten-Stress erzählt. „Das ist der Aufbau von unten her“, sagt Schamberger. Sprecherin und Schamberger kündigen Folgeprodukte an: Butter und Joghurt aus Fairer Milch. „Das ist wichtig, damit wir immer mehr zum angesehenen Partner werden“, so Schamberger.

Von der Kleinbewegung hin zum funktionierenden Betrieb: Das wünscht sich auch die MVS-Sprecherin. Auf dreieinhalb Stellen arbeitet sie mit ihren Kollegen wie wild bis zu 70 Stunden pro Woche. „Es ist unheimlich viel Idealismus dabei.“

---

Agrarzeitung.de, 13.03.12:

<http://www.agrarzeitung.de/nachrichten/pages/protected/fonterra-erwartet-unsicherheit-am-milchmarkt-41964>

## Fonterra erwartet Unsicherheit am Milchmarkt

Bis zur Mitte des laufenden Jahres werden die Preise für Milchprodukte unter Druck bleiben. Dies erwartet die neuseeländische Molkereigenossenschaft Fonterra, Auckland. Grund sei eine steigende Erzeugung in wichtigen Milchregionen der Welt verbunden mit einer stagnierenden Nachfrage, heißt es in einer Mitteilung des Unternehmens. Wirtschaftliche Unsicherheiten ergeben sich aus einem möglichen militärischen Konflikt in der Region Mittlerer Osten sowie eingetrübten konjunkturellen Erwartungen in China, wird der Fonterra-Vorsitzende Sir Henry van der Heyden zitiert.

Fonterra kündigte an, den Milchauszahlungspreis für genossenschaftliche Mitglieder um 15 neuseeländische Cent oder 2 Prozent zu senken. Pro kg Milchtrockenmasse zahlt Fonterra jetzt 6,35 Neuseeländische Dollar (NZD), umgerechnet 3,96 €, statt bisher 6,5 NZD oder 4,06 €. Umgerechnet auf den Liter Milch entspricht dies bei einem Trockenmassegehalt von 12 bis 13 Prozent einem neuen Milchpreis von rund 33 Cent pro kg. (az)

---

Börse-go.de, 13.03.12:

<http://www.boerse-go.de/nachricht/Milch-US-Produktion-steigt-2012-auf-neues-Allzeithoch.a2780238.html>

## Milch: US-Produktion steigt 2012 auf neues Allzeithoch

New York (BoerseGo.de) – Die Rekordgewinne der Molkereien in den USA im letzten Jahr haben im laufenden Jahr zu einer deutlichen Ausweitung des Angebots geführt. Der Gewinn der US-Molkereien stieg letztes Jahr gegenüber 2011 etwa um 30 Prozent, berichtet Bloomberg. Die US-Milchbauern hielten im Januar etwa 9,236 Millionen Kühe. Innerhalb der letzten 16 Monate stellte sich damit der 14. Monatsanstieg ein. Jedes Tier produzierte im vergangenen Jahr zudem eine Rekordmenge von 9,7 Tonnen Milch, was auf vorteilhafte Wetterverhältnisse zurückzuführen ist.

Die Produktion in den USA, dem weltweit größten Produzenten, wird laut Angaben der US-Landwirtschaftsbehörde USDA in diesem Jahr um 1,8 Prozent auf einen Rekordwert von 199,7 Milliarden Pfund steigen. Aufgrund der guten Versorgungslage ist der Milch-Future an der Chicago Mercantile Exchange seit dem Vier-Jahreshoch im August um 29 Prozent gefallen. Eine Umfrage von Bloomberg unter Analysten lässt einen weiteren Kursrückgang um 7,8 Prozent auf 14,25 US-Dollar pro 100 Pfund bis zum Juli erwarten.

Nach dem Rekordplus im Vorjahr könnten sich die Milchpreise im Jahr 2012 damit sehr schwach entwickeln. Im S&P GSCI Commodity Index, der die Entwicklung von 24 Rohstoffen zusammenfasst, war Milch im letzten Jahr mit +31 Prozent der mit Abstand beste Jahresperformer. Der Index selber konnte letztes Jahr nur um 1,2 Prozent zulegen. Jens Lüders

---

Topagrar.com, 12.03.2012:

<http://www.topagrar.com/news/Rind-News-Ueberlieferung-Italiener-sollen-Produktion-drosseln-789590.html>

## Überlieferung: Italiener sollen Produktion drosseln

Das italienische Landwirtschaftsministerium hat seine Milcherzeuger aufgefordert, in den kommenden Wochen weniger zu produzieren. Anlass ist die Sorge vor hohen Superabgaben an die EU aufgrund deutlicher Quotenberlieferungen. Um das zu verhindern, sei es notwendig, die Milchproduktion deutlich zu verringern. Das erklärte das Agrarressort vergangene Woche in Rom.

Aufgrund der Anlieferungsmengen bis Ende Dezember 2011 zeichne sich für das aktuelle Milchwirtschaftsjahr eine Überlieferung der Milchquoten ab. Derzeit bestehe noch die Möglichkeit einer Mengensaldierung, beispielsweise zugunsten von Betrieben in Bergregionen. Dafür müsse jedoch die Erzeugung in den Landesteilen mit hoher Leistung zurückgefahren werden, teilte das Ministerium mit. (AgE)

---

Topagrar.com, 13.03.12:

<http://www.topagrar.com/news/Rind-News-Nur-in-Frankreich-hoehere-Milchpreise-789814.html>

## Nur in Frankreich höhere Milchpreise

Im Europäischen Vergleich dürfen sich nur die Franzosen über höhere Milchpreise **zu Jahresbeginn** freuen: Der vom **niederländischen Bauernverband (LTO)** auf der Basis der Auszahlungspreise von 17 Molkereien ermittelte Durchschnittspreis nord- und mitteleuropäischer Milchverarbeiter lag **im Januar 2012** bei 34,71 Cent/kg (4,2 % Fett, 3,4 % Eiweiß). Das Vorjahresniveau wurde damit um 1,46 Cent oder 4,4 % übertroffen.

Ausschlaggebend für den leichten Anstieg von 0,4 % gegenüber dem Vormonat war aber fast ausschließlich die Entwicklung in Frankreich. Hier haben sich die Milchpreise im Gegensatz zu anderen EU-Staaten nach oben entwickelt. Erzeuger von Sodiaal erhielten 1,44 Cent/kg mehr, Lieferanten von Lactalis und Bongrain freuten sich über Zuschläge von 2,38 Cent/kg beziehungsweise 2,58 Cent/kg. Danone erhöhte den Milchpreis sogar um 3,29 Cent/kg. Laut LTO war dieser Zuwachs Folge einer Vereinbarung mit den Erzeugern, die eine Anhebung der französischen Milchpreise im ersten Quartal 2012 vorsah. Ansonsten stieg im Januar nur noch bei der italienischen Granarolo der Milchpreis, und zwar um 1,22 Cent/kg.

In Deutschland schwächte sich dagegen die Auszahlungsleistung ab. Die Milchpreise der Fusionspartner Humana und Nordmilch lagen im Januar mit 32,04 Cent/kg beziehungsweise 32,19 Cent/kg fast gleichauf, doch mussten die Lieferanten damit im Vergleich zu Dezember Erlöseinbußen von 4,7 % beziehungsweise 3,0 % hinnehmen. Müller zahlte im Berichtsmonat der LTO zufolge 33,45 Cent/kg; das waren 0,92 Cent oder 2,7 % weniger als im Dezember 2011.

Das höchste Milchgeld erzielten zu Beginn des Jahres 2012 Erzeuger der Granarolo Molkerei mit 41,64 Cent/kg, gefolgt vom finnischen Unternehmen Hämeenlinman mit 41,29 Cent/kg. (AgE)

---

Schweizerbauer.ch, 13.03.12: [http://schweizerbauer.ch/htmls/artikel\\_28112.html](http://schweizerbauer.ch/htmls/artikel_28112.html)

## Auch Nationalrat will Grasmilch

Auch der Nationalrat will die Milchproduktion in der Schweiz stärker an die betriebseigene Raufutterfläche binden. Nach dem Ständerat hat am Dienstag auch der Nationalrat mit 96 zu 67 Stimmen eine Motion von Alt-Ständerat Rolf Büttiker (FDP, SO) angenommen.

Diese verlangt im Rahmen der Agrarpolitik 2014–2017 (AP 2017) ökonomische Anreize für eine stärkere Orientierung der Milchproduktion an der einheimischen Futterbasis.

In der Diskussion verwies Volkswirtschaftsminister Johann Schneider auf das in der Botschaft vorgesehene Direktzahlungsinstrument für graslandbasierte Milch- und Fleischproduktion.

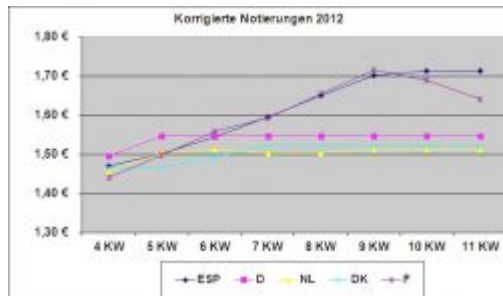
Nationalrat Markus Ritter (CVP, SG) äusserte sich gegen die Motion: Das staatliche Programm würde die heutigen Marktprämien gefährden und für ein Mehr an Bürokratie auf allen Stufen führen. Andreas Aebi (SVP, BE) kritisierte, mit der Motion seien dem Parlament im Hinblick auf die AP 2017 bereits die Hände gebunden. Dagegen betonte Jean-René Germanier (FDP, VS), mit Annahme der Motion könnten Fehlanreize korrigiert werden. Für Hildegard Fässler (SP, SG) entsteht mit der Förderung von raufutterbasierter Milch ein Wettbewerbsvorteil. sal [13.03.2012 14:27]

---

## Tierhaltung

ISN, 13.03.12: [http://www.schweine.net/eu\\_schweinepreise\\_ausgegliche\\_verhaeltnisse\\_auf.html](http://www.schweine.net/eu_schweinepreise_ausgegliche_verhaeltnisse_auf.html)

## EU-Schweinepreise: Ausgeglichene Verhältnisse auf den EU-Märkten



Der europäische Schlachtschweinemarkt zeigt sich in der aktuellen Woche in einer festen Verfassung. In fast allen Ländern werden unveränderte Schweinepreise notiert. Lediglich in Frankreich musste der Preis um umgerechnet 5 Cent nach unten korrigiert werden. Der deutliche Preisabstand zwischen Frankreich und den übrigen großen Schweinefleischproduzenten in der EU hatte zu einer verminderten Wettbewerbsfähigkeit der französischen Unternehmen geführt. Auch nach der aktuellen Preisanpassung liegt die französische Notierung immer noch umgerechnet fast 10 Cent höher als der Preis in Deutschland. In Belgien gab es einen geringen Preisrückgang um -1 Cent. In Deutschland, Österreich, den Niederlanden, Italien und Dänemark stehen Angebot und Nachfrage derzeit gut ausgeglichen gegenüber, so dass es keine Preisänderungen zu verzeichnen gab. Das nicht zu umfangreich ausfallende Angebot wird von den Schlachtunternehmen zügig nachgefragt. Für Preiserhöhungen fehlen derzeit die nötigen Impulse aus dem Fleischhandel. Insbesondere Schinken und Kotelett sind im Vergleich zu den anderen Teilstücken derzeit zu preiswert.

**Tendenz für den deutschen Markt:** Wie schon in den vergangenen Wochen ist auch zu Beginn dieser Woche die Nachfrage nach Schlachtschweinen ausgesprochen gut. Daher werden auch für die kommende Woche mindestens stabile Preise erwartet.

 [EU-Schweinepreisvergleich 13.03.2012](#)

Topagrar.com, 10.03.2012:

<http://www.topagrar.com/news/Home-top-News-Greshake-Schweinepreis-muss-steigen-787357.html>

## Greshake: Schweinepreis muss steigen

Die Schweinemäster sehen mit Sorge, dass sich beim Schweinepreis nichts bewegt. Die Vereinigung der Erzeugergemeinschaften für Vieh und Fleisch (VEZG) hat gestern erneut einen Durchschnittspreis von 1,60 Euro/kg Schlachtgewicht (SG) notiert – gegen eine Preiserhöhung hatte praktisch die gesamte Schlachtbranche ihr Veto eingelegt.

Noch kommen jene Schlachtschweine an den Haken, die als Ferkel preiswert waren, schreibt Dr. Frank Greshake von der Landwirtschaftskammer NRW im Wochenblatt Westfalen-Lippe. Aber das ändert sich etwa ab Einstellungsdatum November 2011. Die Hoffnung, dass das Futter mit dem Beginn des neuen Jahres preiswerter wird, hat auch getrogen. Zwar schwanken die Kurse an den Warenterminbörsen. Im Grund hat sich aber an den Preisen für Soja, Getreide und Mais nicht viel getan.

Derzeit ist laut Greshake etwa so zu kalkulieren:

- Rund 78 Euro kostet das Ferkel frei Stall inklusive aller Zuschläge, Impfungen, Transport und Umsatzsteuer.
- Hinzu kommen etwa 72 Euro Futterkosten pro Schwein.
- Außerdem schlagen die Tierverluste in der Mast (bei 2 % Ausfällen) mit etwa 2,20 Euro je verkauftem Schwein zu Buche.
- An Allgeminkosten für Tierarzt, Energie und andere Positionen sind etwa 5 Euro je Schwein anzusetzen, so dass sich die reinen Erzeugungskosten auf gut 157 Euro summieren.

Im Klartext heißt das, dass ein Schlachtschwein schon knapp 160Euro bringen muss, um lediglich die variablen Kosten zu decken. Und in etwa da liegt derzeit der Erlös für ein Schwein mit 95 kg SG und 0,98 Indexpunkten/kg abzüglich 5 Euro Vorkosten zuzüglich Umsatzsteuer.

Das bedeutet aber auch, so Greshake weiter, dass für Abschreibung, Zinsaufwand und Entlohnung der Arbeit nichts übrig bleibt. „Ohne deutlich höhere Schweinepreise wird es also nicht gehen, denn die Ferkel werden nicht billiger, Futter in absehbarer Zeit auch nicht. Da müssen die Erlöse steigen“, mahnt der Kammerberater. Wenn die Schlachtbranche die notwendigen höheren Fleischpreise im In- und Ausland nicht durchsetzen kann,



ist die Erfolgsgeschichte von der ständig steigenden deutschen Schweineproduktion seiner Meinung nach bald zu Ende erzählt. (ad)

---

ISN, 12.02.2012: [http://www.schweine.net/projektteilnehmer\\_gesucht.html](http://www.schweine.net/projektteilnehmer_gesucht.html)

## Projektteilnehmer gesucht: Reduzierung von Schwanzbeißen bei Mastschweinen

Das Institut für Tierschutz und Tierhaltung des Friedrich-Loeffler-Instituts (FLI) etabliert und verbreitet im Rahmen zweier Studien eine in England entwickelte Management-Software, mit deren Hilfe betriebspezifische Risikofaktoren für Schwanzbeißen in deutschen Schweinehaltungsbetrieben identifiziert und reduziert werden können. Für diese Studien werden ab April 2012 Teilnehmer gesucht.

Die Management-Software SchwIP (Schwanzbeiß-Interventions-Programm) wird mithilfe zweier Studien evaluiert:

- Für die **Interventionsstudie**, bei der das SchwIP direkt im Betrieb von einer Tierärztin des Instituts angewendet wird, werden konventionelle Schweinehaltungsbetriebe (Mast- oder geschlossene Betriebe mit je mind. 400 Mastplätzen) gesucht. Es werden betriebsindividuelle Erhebungen durchgeführt und ein Maßnahmenplan erstellt. Die Evaluierung wird nach einem Jahr wiederholt.

**Kontakt:** Tierärztin Dana Madey; Tel. (0 51 41) 38 46-128, [dana.madey@fli.bund.de](mailto:dana.madey@fli.bund.de)

- Innerhalb der **Schulungsstudie** sollen Landwirte, Agrarberater und Tierärzte (Betreuung von Schweinehaltungsbetrieben mit mind. 400 Mastplätzen) die Anwendung des SchwIP erlernen. Die Teilnehmer führen anschließend Betriebserhebungen durch, welche nach einem Jahr wiederholt werden. Vorzugsweise sollte die überwiegende Zahl der Schweine im Schlachthof der Firma Tönnies in Rheda-Wiedenbrück geschlachtet werden, da hier die Bildaufnahmen der Schwanzläsionen erfolgen.

**Kontakt:** M.Sc.agr. Astrid vom Brocke; Tel. (0 51 41) 38 46-129; [astrid.vombrocke@fli.bund.de](mailto:astrid.vombrocke@fli.bund.de)

Weitere Informationen zu den beiden Studien finden Sie auch unter: <http://www.fli.bund.de/index.php?id=1337>

Das Projekt wird gefördert durch B. C. Tönnies Forschung, Land Niedersachsen, Friedrich-Loeffler-Institut.

 [RSB Projektbeschreibung](#)

---

LZnet, 13.03.12:

[http://www.lebensmittelzeitung.net/news/top/protected/Wiesenhof-Bekommt-neuen-Kontrollleur\\_92345.html](http://www.lebensmittelzeitung.net/news/top/protected/Wiesenhof-Bekommt-neuen-Kontrollleur_92345.html)

## Wiesenhof bekommt neuen Kontrolleur

LZnet/dpa. Das größte deutsche Geflügelunternehmen, Wiesenhof, bekommt nach Vorwürfen mangelnder Hygiene einen neuen Kontrolleur. Mit der Aufgabe wurde der Veterinärmediziner Siegfried Luckner betraut, **wie der Kreis Jerichower Land in Sachsen-Anhalt mitteilte.**

Wiesenhof begrüßte die Entscheidung und erhob Vorwürfe gegen die bisher eingesetzten Kontrolleure: **Es habe in der Vergangenheit und bei der jüngsten Schließung "auch sachfremde Erwägungen einzelner, bislang dort tätiger Veterinäre" gegeben, die "stets mit gezielten Indiskretionen an die Öffentlichkeit verbunden waren".**

Damit sei offenbar gewollt der Eindruck herbeigeführt worden, es bestünden Unzulänglichkeiten. Auslöser der jüngsten Kontroverse war eine behördliche Schließung des Schlachthofs in Möckern für einen Tag.

Am Wochenende wurde zudem bekannt, dass McDonald's einen befristeten Abnahmestopp verhängt hatte, wie ein Sprecher der Restaurantkette in München mitteilte. Ende Februar hatte es bei einer Routinekontrolle Beanstandungen im Schlacht- und Zerlegebetrieb gegeben.

Nach einem Tag durfte Wiesenhof in Möckern den Betrieb aber wieder aufnehmen. Um welche Mängel es sich konkret handelte, wollte der Landkreis weiterhin nicht mitteilen und erklärte, die Prüfungen verliefen nicht öffentlich.

---

Süddeutsche Zeitung, 10.03.12: Wirtschaft

## Keine Hühner mehr von Wiesenhof

### Die Fast-Food-Kette McDonald's verhängt einen Abnahmestopp und begründet dies mit Hygienemängeln in einem Schlachtbetrieb

Von Silvia Liebrich

München - Die Hygienemängel bei Deutschlands größtem Geflügelproduzenten Wiesenhof haben die Fast-Food-Kette McDonald's aufgeschreckt. 'Wir haben unsere Lieferanten angewiesen, kein Fleisch mehr von Wiesenhof zu beziehen', sagte ein McDonald's-Sprecher am Freitag der Süddeutschen Zeitung. Grund für diese Entscheidung ist nach seinen Worten die Schließung einer Schlachtereier durch die Behörden in Sachsen-Anhalt.

Ein Sprecher von Wiesenhof wollte den Abnahmestopp zunächst nicht bestätigen. 'Wir würden das aber sehr bedauern', fügt er hinzu.

Lebensmittelkontrolleure hatten die Schlachterei Möckern am Montag überraschend geschlossen. Die festgestellten Hygienemängel sind nach Angaben der Behörden inzwischen beseitigt. Seit Mittwoch läuft die Produktion wieder. Was genau beanstandet wurde, wollten die Behörden aber bislang nicht preisgeben. McDonald's ist damit der erste Großabnehmer, der auf die Hygieneprobleme bei Wiesenhof reagiert. Der Abnahmestopp sei befristet, sagte der McDonald's-Sprecher weiter. 'Wir wollen Wiesenhof Zeit geben, die Vorfälle gründlich aufzuklären.' Damit sprach er auch ähnliche Vorwürfe aus der Vergangenheit an. Die Schlachterei in Möckern war schon vor einem Jahr in die Schlagzeilen geraten. Damals berichtete der Stern von Schwarzsimmelbefall an Wänden und Decken und über Probleme in der Kühlkette. Laut Wiesenhof sind diese Probleme inzwischen beseitigt. Kritiker werfen Wiesenhof außerdem Tierquälerei und Antibiotika-Missbrauch in der Geflügelhaltung vor. Wiesenhof weist das zurück.

McDonald's bezog nach eigenen Angaben bislang etwa drei Prozent seines in Deutschland verkauften Geflügelfleisches von Wiesenhof. Das klingt erst einmal nach wenig, macht aber gemessen am hohen Verbrauch immerhin 20 Tonnen pro Woche aus - hochgerechnet auf ein Jahr sind das mehr als 1000 Tonnen. 'Sobald Wiesenhof glaubhaft darlegen kann, dass berechnete Beanstandungen aus der Vergangenheit künftig ausgeschlossen werden können', wolle McDonald's prüfen, ob Wiesenhof wieder als Vorlieferant zugelassen werde, hieß es.

Das Hühnerfleisch für Produkte wie Chicken McNuggets bezieht der Schnellrestaurant-Betreiber nicht direkt von Wiesenhof, sondern über seinen Zwischenhändler OSI Food Solutions, der sich den strengen Hygienestandards von McDonald's unterworfen hat. Der McDonald's-Sprecher betonte aber auch, dass bei eigenen Kontrollen bisher keine Hinweise auf Hygienemängel bei Wiesenhofprodukten gefunden worden seien. Ziel des Abnahmestopps sei es, einen Imageschaden für McDonald's durch die Vorwürfe gegen Wiesenhof zu verhindern, so der Firmensprecher. Auch die Hamburger-Braterei wurde in der Vergangenheit von Verbraucherschützern wegen der Qualität von Big Mac und Co. immer wieder kritisiert. Nach früheren Angaben von Wiesenhof waren im Werk Möckern Mängel in der Bratfertigung beanstandet worden. In dem Teil der Produktion werden geschlachtete Tiere untersucht und ausgeweidet. Wiesenhof zufolge handelte es sich um kleinere technische Mängel, die bei einem Umbau des Betriebs aufgetreten seien. Wiesenhof hatte auf Druck der Behörden eingewilligt, die Kühlanlage umzugestalten.

Der Schlachtbetrieb in Möckern ist auch im Visier der Staatsanwaltschaft Magdeburg. Dabei geht es um eine möglicherweise fehlende Betriebsgenehmigung und zu Unrecht bezogene EU-Subventionen in Millionenhöhe. Wiesenhof bestreitet diese Vorwürfe.

Quelle **Verlag** Süddeutsche Zeitung **Datum** Samstag, den 10. März 2012 **Seite** 28

---

Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten Rheinland-Pfalz, PM, 11.03.12:  
Tierschutztagung in Bad Boll

## **Ministerin Höfken fordert bundeseinheitliches Tierwohllabel**

„Die Größe und den moralischen Fortschritt einer Nation kann man daran messen, wie sie die Tiere behandelt“: Umweltministerin Ulrike Höfken zitierte Mahatma Gandhi, um am Sonntag bei der Tierschutztagung in der Evangelischen Akademie Bad Boll ihre Forderung nach einem tiergerechteren Umgang der Gesellschaft mit ihren Mitgeschöpfen zu unterstreichen. Ziel der rheinland-pfälzischen Landesregierung sei es, den Tierschutz in Deutschland voran zu bringen. „Dies scheidet jedoch häufig an der zögerlichen Haltung der Bundesregierung. Aktuell zeigt sich das bei den Verbotsfristen zur Käfighaltung von Legehennen, wo Bundesministerin Aigner sich weigert, den im Bundesrat erzielten Kompromiss der Länder umzusetzen“, stellte Höfken fest. Die Bundesregierung sei auf dem besten Weg, ihre Glaubwürdigkeit beim Tier- und Verbraucherschutz komplett zu verspielen.

Um den Verbrauchern in Deutschland verantwortungsvollen Konsum zu ermöglichen, forderte Ministerin Höfken ein bundeseinheitliches Tierwohllabel. Erst kürzlich wurde durch eine Forsa-Umfrage bestätigt, dass eine Mehrheit der Menschen in Deutschland ein Label für tiergerechte Haltungsformen möchte. Drei Viertel der Verbraucher fühlen sich demnach beim Einkauf tierischer Produkte nicht ausreichend informiert. „Aigner übernimmt auch hier die Rolle der Hauptbremserin, obwohl die Eierkennzeichnung gezeigt hat, dass die Verbraucher ihr Einkaufsverhalten anpassen, wenn sie auf die tierquälische Herkunft der Produkte hingewiesen werden. Nur noch 3,9 Prozent der gekauften Eier stammen aus Käfighaltung“, sagte Ministerin Höfken. Rheinland-Pfalz habe deshalb eine Bundesrats-Initiative ergriffen, um auch eihaltige Produkte wie Nudeln oder Backwaren entsprechend zu kennzeichnen.

„Immer mehr Menschen fühlen sich dafür verantwortlich, wie Tiere gehalten, transportiert und geschlachtet werden“, stellte Höfken fest, dies habe sie auf der Demonstration „Wir haben es satt“ während der Grünen Woche in Berlin eindrucksvoll erlebt. Die verschiedenen Lebensmittelskandale – wie etwa Antibiotika im

Hähnchenfleisch – hätten ein Bewusstsein dafür geschaffen, dass der Ausbau der industriellen Massentierhaltung ein Irrweg sei. „Ich fordere eine Änderung des Bundesbaurechts, um dem privilegierten Bauen überdimensionaler Ställe im Außenbereich ein Ende zu machen“, sagte die Ministerin. Im Zuge der aktuellen Änderung des Tierschutzgesetzes forderte sie Bundesministerin Aigner auf, das angekündigte Verbot des Schenkelbrands bei Pferden sowie der betäubungslosen Ferkelkastration gegen die Anti-Tierschutz-Fraktion innerhalb der CDU auch durchzusetzen. Genauso wichtig sei der Schutz der Heimtiere, so forderte Höfken einen Sachkundenachweis für Exotenhalter. Zudem wies sie daraufhin, dass derzeit in Rheinland-Pfalz ein Verbandsklagerecht für Tierschutzvereine vorbereitet werde.

Höfken appellierte abschließend: „Es geht es nicht nur um isolierte Fragen des Tierschutzes, sondern um die ethische Vertretbarkeit unseres Handelns insgesamt. Nur wenn wir hier einen gesellschaftlichen Konsens herbeiführen, können wir den Tierschutz in Deutschland voran bringen.“

---

Nds. Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung, PM, 12.03.12:

## **Minister Gert Lindemann: „Transporte tierschutzgerecht und praxisnah gestalten“**

Hannover. Vor dem Hintergrund des jüngst herausgegebenen Erlasses des Landes Niedersachsen zu Tiertransporten erklärt Landwirtschaftsminister Lindemann: „Die Transporte müssen tierschutzgerecht und praxisnah umgesetzt werden.“ Der Hintergrund: Der Erlass legt die Beachtung der Rahmenvorgabe für Rindertransporte - 4 Meter Gesamtfahrzeughöhe und 20 cm freier Raum über den Tieren - fest und beschreibt im Grunde nur die Vorgaben aus dem Handbuch „Tiertransporte“ mit Stand vom Mai 2011. Dieses ist der Maßstab für Verkehrskontrollen. Der Erlass wurde auf der Grundlage eines 15:1 gegen Niedersachsen gefassten Beschlusses der zuständigen Gremien in der Länderarbeitsgemeinschaft Verbraucherschutz (LAV) verfasst. Auch die weiteren Bundesländer müssen - falls nicht bereits geschehen - entsprechende Erlasse herausgeben. Irritiert zeigte sich Minister Lindemann über aktuelle Darstellungen, nach denen das niedersächsische Landwirtschaftsministerium die Entscheidung quasi im Alleingang getroffen und die Praxisnähe aus dem Blick verloren hätte. „Diese Darstellungen sind schlicht falsch“, so der Landwirtschaftsminister. Vielmehr habe Niedersachsen die Überlegungen der Arbeitsgruppe bei der LAV ausgesprochen kritisch begleitet und fortlaufend Praxisnähe und internationale Wettbewerbsfähigkeit angemahnt. Von einer niedersächsischen Initiative könne keine Rede sein.

In diesem Zusammenhang macht Minister Lindemann deutlich, dass mit dem niedersächsischen Erlass die Praxisnähe gewährleistet sei: „Wir haben bereits im Mai 2011 darauf hingewiesen, dass im Einzelfall - und wenn Tierschutzgründe nicht entgegen stehen - abgewichen werden kann, daran hat sich nichts geändert.“ Im Übrigen wird die Thematik der tierschutzgerechten Transporte vom Friedrich-Löffler-Institut begleitet. Erste wissenschaftliche Untersuchungsergebnisse werden im Sommer 2012 erwartet und entsprechend Eingang in die Praxis finden. Niedersachsen wird diese Ergebnisse nutzen, um über eine Änderung oder Fortschreibung des Erlasses zu entscheiden.

In einer Gesprächsrunde im niedersächsischen Landwirtschaftsministerium wurde den Wirtschaftsbeteiligten aktuell zugesichert, dass sich Minister Lindemann gegenüber den Verkehrsministerien auf Landes- und Bundesebene nochmals für eine Ausnahmeregelung stark machen wird, die es erlaubt, mit einer Transporthöhe von 4,20 Metern Transporte durchzuführen. Dafür gibt es Tierschutzgründe. Im doppelstöckigen LKW ist die Tierdichte geringer als bei einstöckigen. Minister Lindemann: „Was für Sondertransporte mit Automobilen in Ausnahmefällen gilt, muss auch für lebende Tiere anwendbar sein.“

---

Topagrar.com, 12.03.12: <http://www.topagrar.com/news/Home-top-News-Schwarz-um-Versachlichung-der-Tierschutz-Diskussion-bemuht-788970.html>

## **Schwarz um Versachlichung der Tierschutz-Diskussion bemüht**

Um eine Versachlichung der Diskussion über den Tierschutz in der Nutztierhaltung hat sich der Präsident des Bauernverbandes Schleswig-Holstein, Werner Schwarz, auf der traditionellen Veranstaltung „Dorf und Kirche“ am vergangenen Mittwoch in Reinbek bemüht.

Die Landwirtschaft befinde sich seit jeher zwischen den Polen der ökonomischen Notwendigkeiten und der gesellschaftlichen Anforderungen. Leider werde es immer schwerer, diese Pole zu überbrücken, weil sie immer weiter auseinander getrieben würden, monierte Schwarz. Auch wies er darauf hin, dass die Landwirtschaft dem Druck zur Spezialisierung unterliege. Unter diesem Druck habe ein anhaltender Strukturwandel Einzug gehalten. Zwar hielten noch 70 % der Betriebe Tiere, aber 68 % der Rinder stünden in Betrieben mit mehr als 100 Tieren, und 64 % aller Schweine würden in Betrieben mit 1 000 und mehr Tieren gemästet sowie 72 % aller Masthähnchen in Beständen über 50 000 Tieren gehalten. Zudem seien die regionalen Unterschiede in der

Tierdichte erheblich. Aufgrund des Strukturwandels sei mit einer weiteren Konzentration der Tierhaltung zu rechnen. Schwarz betonte, wer viele Tiere zu versorgen habe und dieses wirtschaftlich tun solle, komme um moderne Stallhaltungssysteme nicht herum. Investitionen in eine bessere Tiergerechtigkeit lohnten sich oft nur, wenn eine entsprechende Menge erzeugt werde.

Der Verbandspräsident hob in dem Zusammenhang hervor, dass Tiere keine Sachen seien. Diese Begriffsklärung im deutschen Grundgesetz sei eine wichtige und notwendige Änderung gewesen. „Tiere sind aber auch keine Menschen“, stellte Schwarz klar. Sie hätten keine unveräußerlichen Menschenrechte, sondern seien Mitgeschöpfe, denen der Mensch durch die Domestizierung seinen Stempel aufgedrückt habe. (AgE)

---

Topagrar.com, 13.03.2012:

<http://www.topagrar.com/news/Schwein-News-Investitionsfoerderung-Hessens-Ferkelerzeuger-werden-staerker-beruecksichtigt-789896.html>

## **Investitionsförderung: Hessens Ferkelerzeuger werden stärker berücksichtigt**

Die hessische Agrarverwaltung wird investitionswilligen Sauenhaltern die Möglichkeit bieten, im Rahmen der Agrarinvestitionsförderung stärker berücksichtigt zu werden. Hierzu soll für Projekte in der Ferkelerzeugung ein zusätzlicher Punkt für das Auswahlkriterium „Stärkung regionaler Wertschöpfungsketten“ vergeben werden. Damit sei es den Betrieben leichter möglich, die zur Förderung im Rahmen der Priorisierung erforderliche Mindestpunktzahl von fünf Punkten zu erreichen. Dies hat die hessische Landwirtschaftsministerin Lucia Puttrich in einem Antwortschreiben dem Hessischen Bauernverband (HBV) mitgeteilt.

In ihrem Schreiben teilt die Ministerin die Befürchtung des HBV-Präsidenten Friedhelm Schneider, dass der Selbstversorgungsgrad bei Ferkeln noch weiter sinken könnte. Derzeit liege dieser in Hessen nur noch bei 80 %. Viele Ferkel würden für die Mast aus anderen Bundesländern oder aus dem Ausland kommen. Dies sei auch wegen der langen Transportwege politisch nicht gewünscht. (rk)

---

Topagrar.com, 13.03.2012:

<http://www.topagrar.com/news/Schwein-News-Daenische-Bioschweinehalter-beklagen-schlechte-Investitionsbedingungen-789867.html>

## **Dänische Bioschweinehalter beklagen schlechte Investitionsbedingungen**

Die dänischen Erzeuger von Bioschweinefleisch könnten deutlich mehr absetzen, wenn Behörden und Banken es nur zuließen. Darauf hat der Direktor vom dänischen Biofleischhersteller Friland, Karsten Deibjerg Kirstensen, vergangene Woche hingewiesen. Da die Produktion kaum mit der kräftig wachsenden Nachfrage mithalten könne, sei der Preis für Schweinefleisch aus biologischer Haltung inzwischen auf umgerechnet rund 3,40 € angestiegen. „Wir könnten noch bis zu 50 % mehr Bioschweinefleisch verkaufen; allerdings wird den dänischen Landwirten die Erweiterung oder der Neubau von Ställen durch die Behörden und Finanzinstitute sehr erschwert“, monierte Kirstensen. Obwohl sich die Situation in letzter Zeit etwas verbessert habe, könne die Branche nur hoffen, dass sich die Investitionsmöglichkeiten und das administrative Umfeld weiter aufhellten. Auf dem Markt für Biofleisch bestehe sowohl für Landwirte als auch für die Lebensmittelindustrie ein riesiges Potential, das bislang nicht genutzt werden könne, so der Friland-Direktor. (AgE)

---

LZnet, 12.03.12:

[http://www.lebensmittelzeitung.net/news/markt/protected/Westfleisch-Mit-klasse-Jahr\\_92338.html](http://www.lebensmittelzeitung.net/news/markt/protected/Westfleisch-Mit-klasse-Jahr_92338.html)

## **Westfleisch mit klasse Jahr**

LZnet/Ho. Der genossenschaftliche Fleischvermarkter Westfleisch hat das vergangene Jahr mit einem wirtschaftlich erfreulichen Ergebnis abgeschlossen, so der Sprecher des Vorstands, Dr. Helfried Giesen. Mit 883.000 t hat Westfleisch 6,3 Prozent mehr Fleisch vermarktet als 2010, der Gesamtumsatz betrug im abgelaufenen Jahr 2,2 Mrd. Euro und lag damit um fast 14 Prozent über dem des Vorjahres. Ursächlich dafür war, wie es in einer Information für die Landwirte heißt, der Export mit einem Absatzplus von 14 Prozent bei der Tonnage.

Insgesamt belaufen sich die Schlachtzahlen 2011 auf 7,16 Mio. Schweine und Sauen, das sind 8,9 Prozent mehr als 2010. In der Zerlegung – der Zerlegegrad liegt bei Schweinen deutlich über 90 Prozent – wurde ein Plus von 7,5 Prozent erreicht. Mit 369220 Stück wurden 2011 fast unverändert viele Rinder und Kälber bei Westfleisch geschlachtet.

Kontinuierlich

In den zehn Jahren zwischen 2001 und 2010 ist der Anteil des Fleischexports am Absatz um 33 Prozent gestiegen, beim Rindfleischexport um 25 Prozent. Zum Ende des Jahres 2011 lag der Exportanteil in der Kategorie Rind bei 32,6 Prozent. Mehr als jedes zweite Schwein aus dem Einzugsbereich von Westfleisch, nämlich 51,6 Prozent, wird derzeit als Fleisch ins Ausland verkauft.

Aber der Export sei keine Garantie, so Giesen. Während der Verbrauch im Westen stagniert, steigt er in Osteuropa. Westfleisch verzeichnet laut Giesen eine steigende Nachfrage nach Schweinehälften zur Verarbeitung. Schulter, Speck und Bäuche seien für die Wurstherstellung bei den östlichen Nachbarn gefragt.

### **Russland bleibt wichtig**

Westfleisch baut deshalb mit einer Produktionskooperation in Rumänien einen Brückenkopf nach Osteuropa aus, der Aufbau einer Zerlegung und Verpackung von SB-Fleisch vor Ort entwickle sich derzeit sehr Erfolg versprechend.

Russland bleibe einer der wichtigsten Märkte mit attraktiven Absatzchancen. Mit der Gründung der Arbeitsgemeinschaft Fleischexport (Afex) durch mehrere Fleischunternehmen, sowie dem neuen Joint Venture "Fresh & Frozen" in Moskau würden die Geschäftsbeziehungen gefördert und stabilisiert, heißt es im Info-Brief. Die Westfleisch-Töchter "Westfleisch Baltica" (Vilnius) und "Westfleisch Nordic" (Stockholm) hätten ihre Präsenz ausbauen können.

---

LID (CH), 12.03.2012: <http://www.landwirtschaft.ch/de/aktuell/agronews/detail/article/2012/03/12/usa-bald-wieder-rindfleisch-importe-aus-der-eu/>

## **USA: Bald wieder Rindfleisch-Importe aus der EU?**

12.03.2012 - (lid) – Die USA importieren seit der BSE-Krise im Jahr 1997 kein Rindfleisch mehr aus der EU. Das könnte sich bald ändern.

Das US-amerikanische Landwirtschaftsministerium möchte den Import von Rindfleisch aus der EU wieder zulassen. Ein entsprechender Vorschlag soll in den USA in den kommenden 60 Tagen beraten werden, berichtet Agra-Europe. In einem ersten Schritt könnten die Rindfleischexporte aus dem Vereinigten Königreich, Irland und den Niederlanden ermöglicht werden, stellte John Clifford von der US-Veterinärbehörde in Aussicht. Das EU-Parlament befindet diese Woche über eine Aufstockung des Importkontingents für die USA von 20'000 auf 45'000 Tonnen.

---

LZnet, 12.03.12: [http://www.lebensmittelzeitung.net/news/markt/protected/Russland-Verbietet-auch-Schweineimporte\\_92331.html](http://www.lebensmittelzeitung.net/news/markt/protected/Russland-Verbietet-auch-Schweineimporte_92331.html)

## **Russland verbietet auch Schweineimporte**

LZnet/dpa. Wegen des für Rinder, Ziegen und Schafe gefährlichen Schmallenberg-Virus verbietet Russland vom 20. März an auch die Einfuhr von Schweinen aus der Europäischen Union. Das Schmallenberg-Virus und auch die Blauzungenkrankheit hätten sich in der EU rasant verbreitet, begründete die Veterinärbehörde in Moskau den Importstopp nach Angaben russischer Medien.

Es bestehe Ansteckungsgefahr. Auch das "Westfalen-Blatt" (Bielefeld) berichtete über das Verbot. Experten kritisierten die Entscheidung als politisch motiviert. Beide Krankheiten seien für Schweine nicht gefährlich. Russland wolle vielmehr seinen eigenen Markt schützen, sagte Jana Püttker von der Interessengemeinschaft der Schweinehalter Deutschlands (ISN) der Deutschen Presse-Agentur.

EU-Vertreter seien zu Verhandlungen nach Moskau eingeladen worden, schrieb das "Westfalen-Blatt". Das Importverbot betreffe allerdings nur einen sehr kleinen Markt, sagte Püttker. Im vergangenen Jahr seien lediglich rund 55.000 Tonnen lebende Schweine aus der gesamten EU nach Russland geliefert worden. Weitaus heftiger für die Industrie wäre hingegen ein allgemeiner Einfuhrstopp von Schweinefleisch. "Der Export von tiefgefrorenem Fleisch nach Russland ist in den vergangenen drei Jahren enorm angestiegen", sagte Püttker.

---

Spiegel-online, 09.03.2012: 08:55 Uhr <http://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/0,1518,820262,00.html>  
Tierseuche

## **Forscher machen Schmallenberg-Virus sichtbar**

Am Friedrich-Loeffler-Institut (FLI) ist es erstmals gelungen, das Virus der gefährlichen Schmallenberg-Seuche sichtbar zu machen. Der Erreger ist für Missbildungen bei neugeborenen Lämmern und Kälbern verantwortlich. Einen Impfstoff gegen die Tierseuche gibt es noch nicht.

Riems - Vom Schmallenberg-Virus gibt es erstmals hochaufgelöste Bilder. Der für Rinder, Schafe und Ziegen gefährliche Erreger sei auf elektronenmikroskopischen Aufnahmen infizierter Zellen zu sehen, teilte das Friedrich-Loeffler-Institut (FLI) auf der Insel Riems mit. Damit sei ein weiterer wichtiger Schritt zum Verständnis des Schmallenberg-Virus getan, erklärte FLI-Präsident Thomas Mettenleiter.

Die runde Form des Virus ähnele der anderer Bunyaviren, zu denen auch das Schmallenberg-Virus gehört. Der Erreger habe einen Durchmesser von rund 100 Nanometern. Ein Nanometer ist ein Millionstel Millimeter. Der Erreger stelle sich als membranumhüllter Partikel dar, in dem drei Segmente der Erbinformationen sichtbar seien.

Der Erreger wurde im November 2011 erstmals von Forschern des FLI beschrieben. Inzwischen wurde das Virus in 879 Betrieben fast flächendeckend in Deutschland nachgewiesen. Lediglich in Bremen gebe es noch keinen Schmallenberg-Fall, sagte eine Sprecherin des Instituts. Betroffen sind bislang 90 Rinder-, 750 Schaf- und 39 Ziegenhaltungen. Da die Lammsaison der Schafe langsam zu Ende gehe, nehme die Zahl der Nachweise nicht mehr so stark zu wie im Februar. Bei den Rindern hingegen zeige sich ein stärkerer Zuwachs. Die Abkalbsaison hat erst begonnen.

Der Erreger wird von Insekten übertragen und verursacht während der Tragzeit schwere Missbildungen bei den Föten. Die Lämmer und Kälber werden jetzt geboren. Die Muttertiere hatten sich im Sommer und Herbst 2011 infiziert. Der Erreger wurde inzwischen auch in sechs weiteren europäischen Ländern - Niederlande, Belgien, Großbritannien, Frankreich, Italien, Luxemburg - nachgewiesen.

Zwar arbeiten Forscher, seitdem das Virus im November 2011 am FLI entdeckt und für Forschungszwecke vermehrt werden konnte, an einem Impfstoff. [Bis dieser fertig ist, wird es allerdings noch dauern](#). Für die nächste Saison bleibt den Bauern wahrscheinlich nur die Möglichkeit, ihre Tiere vor Mücken zu schützen. Dies ist jedoch, wie Erfahrungen mit der Blauzungenkrankheit zeigen, nur schwer möglich. Entschädigungen erhalten die betroffenen Landwirte laut dem Deutschen Bauernverband bisher noch keine - dafür ist über das Virus noch zu wenig bekannt. Auch deshalb ruft der Verband alle Bauern dazu auf, Verdachtsfälle zu melden.

Nur in einer Hinsicht gibt es Entwarnung: Auf Menschen kann das Virus mit ziemlich großer Sicherheit nicht übergehen, heißt es in einer [Risikobewertung des European Center for Disease Prevention and Control](#). Weder könne sich der Mensch direkt bei den Tieren anstecken, noch bestehe eine Gefahr beim Konsum von Lammfleisch. Dies ist immerhin beruhigend für die Konsumenten, die Landwirte allerdings müssen weiter um ihren Viehbestand zittern. Und ob das Virus auch auf Wildtiere übergehen kann, ist auch noch nicht geklärt.

nik/dpa/dapd

---

LZnet, 13.03.12:

[http://www.lebensmittelzeitung.net/news/top/protected/Schmallenberg-Virus-In--sieben-Laendern\\_92347.html](http://www.lebensmittelzeitung.net/news/top/protected/Schmallenberg-Virus-In--sieben-Laendern_92347.html)

## Schmallenberg-Virus in sieben Ländern

LZnet/dpa. Das für Rinder, Ziegen und Schafe gefährliche Schmallenberg-Virus ist nach EU-Angaben bislang in sieben europäischen Ländern nachgewiesen worden. Die meisten Fälle wurden in Deutschland registriert, teilte die EU-Kommission in Brüssel mit. 879 betroffene Betriebe seien bundesweit erfasst.

In Frankreich seien es 486, in Belgien 205, in den Niederlanden 143 und in Großbritannien 121. Weniger als zehn betroffene Betriebe meldeten Italien und Luxemburg. Das zuständige Bundesinstitut, das Friedrich-Loeffler-Institut (FLI) auf der Insel Riems, meldete sogar schon 923 betroffene Betriebe in Deutschland, 316 davon in Nordrhein-Westfalen.

Die EU-Kommission kritisierte auf Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse Importstopps von außereuropäischen Ländern für Fleisch aus der EU. Solche Maßnahmen seien nach Ansicht des Ständigen Ausschusses für die Lebensmittelkette und Tiergesundheit, in dem Vertreter der 27 EU-Mitgliedsstaaten sitzen, überzogen.

"Jegliche Handelsbeschränkung oder Forderung nach zusätzlichen Zertifikaten für lebende Tiere oder deren Produkte wegen des Schmallenberg-Virus sind unangemessen und wissenschaftlich nicht belegt", schrieben die Experten. Russland hatte zuvor bekanntgegeben, vom 20. März an auch die Einfuhr lebender Schweine aus der Europäischen Union zu verbieten.

Die Europäische Agentur für Lebensmittelsicherheit EFSA prognostiziert laut EU-Kommission einen Rückgang der Ansteckungen bei Wiederkäuern. Zu erwarten sei aber, dass die Zahl der missgebildeten Kälber infolge des Virus zunächst noch steigt. Man müsse dieses Virus genau so wie andere behandeln, zusätzliche EU-Veterinärmaßnahmen seien nicht nötig.

---

Topagrar.com, 13.03.2012:

<http://www.topagrar.com/news/Markt-News-Ernteprognose-fuer-Sojabohnen-in-Brasilien-reduziert-789545.html>

## Ernteprognose für Sojabohnen in Brasilien reduziert

Vor der Ernteprognose des Ministeriums veröffentlichten traditionell die verschiedenen Analystenhäuser in den USA ihre Einschätzungen über die Marktentwicklung in Südamerika. Dabei zeichnet sich weiterhin eine pessimistische Einschätzung der südamerikanischen Sojaernten ab.

So wurde unlängst die anstehende Ernte in Brasilien auf 68 Mio. t geschätzt. Im Vormonat war man noch von 2 Mio. t mehr ausgegangen. Auch das US-Landwirtschaftsministerium (USDA) prognostizierte im Februar mit 72 Mio. t eine höhere Erntemenge.

Hintergrund für die erneute Korrektur sei die anhaltende Trockenheit im Süden des Landes, welche die Sojabohnen in einer wichtigen Wachstumsperiode sehr beeinträchtigt habe. Für Paraguay senken die Marktanalysten die Prognose ebenfalls um etwa 2 Mio. t. Derzeit gehen sie dort von einer Sojabohnenernte von 4 Mio. t aus.

Im Gegensatz zu den Ernteprognosen für Brasilien und Paraguay hoben die Analysten die voraussichtliche Erntemenge Argentiniens an. Mit 47,5 Mio. t liegt sie nun etwa 1 Mio. t höher als noch im Vormonat sowie 0,5 Mio. t über der Februar-Schätzung des USDA. Begründet wird die gestiegene Erntemenge mit den ausgiebigen Niederschlägen im Februar, die für die spät ausgesäten Pflanzen rechtzeitig kamen. (AMI)

---

## Gentechnik-frei

AIZ, 12.03.2012:

<http://www.aiz.info/?id=2500%2C%2C%2C2028%2C%2C%2C%2CY2lkPTEwOTYyNTg%3D>

## EU-Mitgliedstaaten verfehlen GVO-Entscheidung

### Berlakovich beharrt auf Selbstbestimmungsrecht

Brüssel, 12. März 2012 (aiz.info). - Nationale Anbauverbote von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) bleiben in einer juristischen Grauzone. Ein Anlauf der dänischen EU-Ratspräsidentschaft für klare Regeln scheiterte im EU-Umweltministerrat am Freitag in Brüssel. Trotz der Zustimmung von 20 EU-Mitgliedstaaten blockierten einflussreiche Länder wie Deutschland, Frankreich, das Vereinigte Königreich und Belgien die qualifizierte Mehrheit. Sie lehnen nationale GVO-Anbauverbote ab, weil diese dem gemeinsamen EU-Binnenmarkt zuwiderlaufen, so ihre Argumentation. EU-Verbraucherkommissar **John Dalli** konterte, wenn heute schon zehn EU-Mitgliedstaaten auf unsicherer Rechtsgrundlage, wie den Schutzklauseln, den Anbau verbieten, sei die Einheitlichkeit ohnehin kaum gegeben.

Ein unbeirrbarer Pionier des nationalen Selbstbestimmungsrechts beim Anbau von GVO ist Umweltminister **Nikolaus Berlakovich**. "Es ist äußerst erfreulich, dass die dänische Ratspräsidentschaft die Bedeutung der österreichischen Initiative des Selbstbestimmungsrechts erkannt hat. Auch ich werde mich weiter dafür einsetzen, dass die EU-Mitgliedstaaten ihre eigene Haltung zum GVO-Anbau umsetzen können. Österreich ist immerhin als erstes Land auf europäischer Ebene für das Selbstbestimmungsrecht eingetreten", betonte Berlakovich während des Umweltrats.

### Fortsetzung der Debatte im Juni ist fraglich

Trotz der Zustimmung von 20 EU-Mitgliedstaaten bleibe der Vorschlag blockiert, hielt die dänische Umweltministerin **Ida Auken** nach der Debatte im Rat fest. Sie bezweifelt, ob nach den intensiven Bemühungen der dänischen Präsidentschaft ein erneuter Anlauf sinnvoll ist. Spanien wollte die umstrittene Frage auf den Rat im Juni verschieben. Dänemark kann sich das nur vorstellen, wenn Aussicht auf Einigung besteht. Das Kompromisspapier sah zwei verschiedene Möglichkeiten für nationale GVO-Anbauverbote vor: Zum einen sollten die Mitgliedstaaten die Möglichkeit bekommen, im Vorfeld zu einer EU-Zulassung ihr Gebiet herauszunehmen. Dies soll in Absprache mit dem Anbieter von GV-Sorten geschehen. Zum anderen dürfen EU-Mitgliedstaaten GV-Sorten mit Zulassung in der EU national verbieten, wenn ihre Bevölkerung dies ablehnt oder wenn unerwünschter Polleneintrag wegen zu kleiner Betriebsstrukturen kaum zu vermeiden ist.

Auch die Niederlande stellten sich hinter den Vorschlag, allerdings kaum mit dem Ziel, den Anbau zu verbieten. Im Gegenteil, die Niederländer wollen den Zulassungsprozess reibungsloser gestalten, um den Import von GV-Futtermitteln zu erleichtern.

### Umwelt-Argumente weiterhin umstritten

Umweltgründe für GVO-Anbauverbote hat die dänische Präsidentschaft in die Erwägungsgründe ihres Gesetzesvorschlags geschrieben. Dort haben sie allerdings weniger Bedeutung als im eigentlichen Gesetzestext. Die EU-Kommission wollte Umweltrisiken gar nicht als Begründung für GVO-Anbauverbote zulassen, um das Urteil der Europäischen Lebensmittelbehörde nicht in Frage zu stellen. Der Streit um mögliche Begründungen ist trotz der dänischen Bemühungen nicht beigelegt. Die Gentechnikgegner Bulgarien und Slowenien drohten sogar ins Lager der ablehnenden EU-Mitgliedstaaten überzuwechseln, weil ihnen der Umweltaspekt zu kurz kommt, wenn er in den Erwägungsgründen verschwindet. (Schluss) mö/hub

---

## Bayern setzt auf Soja aus Brasilien

München - Bayern setzt beim Kauf von gentechnikfreiem Soja als Futtermittel auf das Anbaugebiet Brasilien. Landwirtschaftsminister Helmut Brunner (CSU) unterzeichnete in Sao Paulo einen Vertrag, der die Ausfuhr der Futtermittel in den Freistaat voranbringen soll. Er traf die Vereinbarung mit Cesar Borges de Sousa, dem Präsidenten des brasilianischen Verbands für den Ackerbau ohne gentechnisch veränderte Organismen Abrace. Danach planen Abrace und der Freistaat eine dauerhafte Kooperation bei Anbau und Verwertung von gentechnikfreiem Futtermittel. De Sousa habe versichert, die Lieferung auch größerer Mengen dauerhaft garantieren zu können. Bayern importiert 800000 Tonnen Soja pro Jahr als Eiweißfutter, der Großteil stammt von gentechnisch verändertem Saatgut - was zunehmend auf den Widerstand der Bauern stieß.cws/dapd  
Quelle **Verlag** Süddeutsche Zeitung **Datum** Samstag, den 10. März 2012 **Seite** 64

---

Informationsdienst Gentechnik - 12.03.2012

<http://www.keine-gentechnik.de/news-gentechnik/news/de/25369.html>

## US-Mais-Experten warnen: Bt-Mais verliert Wirkung

In den USA hat eine Gruppe von Wissenschaftlern die Umweltschutzbehörde in einem Brief auf die steigenden Probleme beim Anbau von Bt-Mais aufmerksam gemacht. Die Wirksamkeit des insektenresistenten Maises, auf den sich die US-amerikanische Landwirtschaft wesentlich stützt, sinke in einem bedrohlichen Ausmaß. Eigentlich soll der Bt-Mais den Einsatz von Insektiziden senken, da er selbst ein Toxin produziert, das für die Insekten tödlich ist. Doch die Maiswurzelbohrer werden mehr und mehr resistent gegen den Bt-Mais und der gentechnisch veränderte Mais somit anfällig für den Schädling. Der Saatgut-Hersteller Monsanto spielt das Problem herunter und rät Farmern, beim Anbau mit anderen Biotech-Pflanzen zu rotieren oder Insektizide einzusetzen. Die Wissenschaftler warnen hingegen vor dem Einsatz der gescheiterten Technologie, der das Risiko der Resistenz-Entwicklung weiter erhöhe. Zusätzlicher Insektizid-Einsatz treibe außerdem die Kosten für die Landwirte in die Höhe und zeige, dass der Einsatz von Gentech-Mais nicht mehr den Sinn erfülle, vor Schädlingen zu schützen.

Brisant ist auch die Tatsache, dass Bt-Mais in Gegenden eingesetzt wird, in der es eigentlich nicht notwendig wäre. Landwirte müssen jedoch zum Gentech-Mais greifen, weil gentechnikfreie Ware einfach nicht verfügbar ist. Der Mangel an gentechnikfreiem Mais ist ein echtes Problem, so die Experten.

Reuters: Scientists warn EPA on Monsanto corn rootworm

<http://whic.com/news/articles/2012/mar/09/scientists-warn-epa-on-monsanto-corn-rootworm/>

---

Süddeutsche Zeitung, 13.03.12: Wissen

## Zurück zu den Wurzeln

### Agrarwissenschaftler züchten salzresistenten Weizen

Hartweizen wächst bisher schlecht auf Böden mit hohem Salzgehalt. Nun haben australische Agrarwissenschaftler um Rana Munns von der Universität Adelaide das Genom dieses Getreides so verändert, dass sich der Ertrag der Pflanzen auf salzhaltigen Böden um ein Viertel gesteigert hat (Nature Technology, online). **Gentechnische Methoden waren dazu nicht nötig.**

Hartweizen ist die zweitwichtigste Weizensorte weltweit. Um die Erträge zu steigern und die Pflanze widerstandsfähiger zu machen, wurde sie in den vergangenen Jahrtausenden immer intensiver kultiviert. Durch diese anhaltende Zucht ist dem modernen Hartweizen aber auch eine wichtige Fähigkeit verloren gegangen. Ihm fehlt ein Gen, welches starke Salz-Ablagerungen in den Blättern verhindert. Diese führen zu Problemen bei der Photosynthese und hemmen das Wachstum. Auf salzhaltigen Böden fällt die Ernte deshalb schlechter aus. Die Forscher kreuzten nun den Hartweizen mit einem seiner Vorfahren, dem Einkorn. Dieses Getreide wurde bislang kaum kultiviert und besitzt noch ein Gen, dank dem es auch bei hohen Salzkonzentrationen wächst. Dieses Gen brachten die Forscher wieder in den Hartweizen ein. Die Wissenschaftler ermittelten auch die Wirkweise des verloren gegangenen Gens. Es hemmt den Salztransport von der Wurzel zu den Blättern. Eine molekulare Pumpe transportiert das Salz aus den Versorgungsgefäßen hinaus, die von der Wurzeln zu den Blättern führen. So kommen zu hohe Salzkonzentrationen in den Blättern gar nicht erst zustande. In Anbetracht der zunehmenden Versalzung von landwirtschaftlichen Nutzflächen werde salzresistentes Getreide in Zukunft maßgeblich zu einer ausreichenden Nahrungsmittelversorgung beitragen, so die Forscher. fval

Quelle **Verlag** Süddeutsche Zeitung **Datum** Dienstag, den 13. März 2012 **Seite** 16

---

Die Zeit - 07.03.2012

<http://www.zeit.de/wissen/umwelt/2012-02/gruene-gentechnik-debatte-gastbeitrag/>

Gastbeitrag - Grüne Gentechnik



# Die Risikoabschätzung gentechnisch veränderter Pflanzen ist unzureichend

## In der Grünen Gentechnik beginnen Fragen zur Sicherheit, wo Entwickler-Interessen aufhören. Es reicht nicht, gentechnisch veränderte Pflanzen wie Chemikalien zu testen.

Von Angelika Hilbeck | Hartmut Meyer

Der Diskurs um die Agrar-Gentechnik betrifft auch die Frage, wie wir bei der Gestaltung technischen Fortschritts aus den Fehlern vergangener Technologieeinführungen lernen wollen. Alle Säulen, auf denen gesellschaftliches Gedeihen beruht - Ökonomie/Finanzwirtschaft, Umwelt, Gesundheit/Ernährung, Politik, Frieden - sind heute in der Krise, deshalb mehren sich die Rufe nach einem Ende des „Weiter so“. „Business as usual is no longer an option“, stellt zum Beispiel der Weltagrarbericht von 2008 [1] fest, oder im Hauptgutachten 2011 des Wissenschaftlichen Beirates der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen [2] (WBGU) wird nicht weniger als eine „Große Transformation“ unserer Gesellschaft gefordert.

Wenn bei einem solchen Paradigmenwechsel Rollen, Kapital und Macht neu verteilt werden, dann muss in einer Demokratie um die besten Konzepte gestritten werden. Auf dem Gebiet der Nahrungsmittelherstellung ist es schlicht historischer Zufall, dass der exemplarische Diskurs die Einführung der Gentechnik traf - die außer ihren Entwicklern und der Industrie in Europa niemand wirklich will.

Das Potenzial der Gentechnik zur Transformation der Produktions-, aber auch der Abhängigkeitsverhältnisse in der Landwirtschaft ist unbestritten. Uneinigkeit herrscht aber bei der Bewertung, wie tief und wie irreversibel sie in die Evolution eingreift und wie hoch ihre gesundheitlichen und ökologischen Risiken sind. Ja, selbst die Frage ist kontrovers, mit welchen Methoden diese Risiken abzuschätzen sind. Die Frontlinien dieser Debatte wollen wir als Beispiel für das alte und das neue Paradigma beschreiben.

### Wie schätzt man ein Risiko ab?

Derzeit wird eine gentechnisch veränderte Nutzpflanze in zwei Einheiten unterteilt: die bekannte Maispflanze und das neue transgene Element; beim in der EU zum Anbau zugelassenen Bt-Mais Mon 810 der Firma Monsanto zum Beispiel ist es das Insektengift auf Basis des *Bacillus thuringiensis* (Bt), das in allen Pflanzenteilen während der gesamten Lebensdauer produziert wird.

Die ursprüngliche Maispflanze wird aufgrund jahrhundertelanger Erfahrung als grundsätzlich sicher eingestuft, sie muss keine konkreten Risikotests mehr durchlaufen. Etwas genauer untersucht man die hinzugefügte neuartige Substanz, und zwar eng angelehnt an die Prüfung synthetischer Insektizide. In direkten Fütterungsstudien wird vor allem die akute Toxizität mit den mikrobiell hergestellten Bt Toxinen an standardisierten Labororganismen wie Springschwänzen, Marienkäfern oder Honigbienen getestet. Wenn trotz hoher Dosen kein signifikanter Unterschied zwischen Bt-Toxin Futter und der Kontrolle beobachtet wird, gilt die Substanz als ausreichend sicher. Bei solchen rein toxikologischen Tests bleibt es dann. Das gesamte transgene Pflanzenmaterial aber, das tatsächlich auf den Feldern wachsen oder in die Nahrung gelangen soll, wird kaum auf seine ökologischen und gesundheitlichen Risiken geprüft.

Zur Bestätigung der Unbedenklichkeit, aber hauptsächlich um zu überprüfen, ob die Pflanze als Futtermittel ähnlich gute Ergebnisse wie herkömmliche Produkte erbringt, lassen die Antragsteller in der Regel eine vergleichende Fütterungsstudie mit Hühnern, Ratten oder Mäusen durchführen. Eine echte wissenschaftlich robuste Überprüfung der gesundheitlichen Unbedenklichkeit stellen aber auch diese Studien nicht dar.

Gentechnisch veränderte Pflanzen, die keine neuartigen Substanzen produzieren (etwa die herbizidresistenten oder stärkerveränderten Pflanzen) kommen mit noch weniger bis gar keinen experimentellen, gesundheits- und umweltrelevanten Prüfungen auf den Markt.

Im Großen und Ganzen wird die Sicherheit von gentechnisch veränderten Pflanzen auf eine Beurteilung dessen zurückgeführt, was aus der Literatur bekannt ist und theoretisch abgeleitet wird. So wird zum Beispiel mittels eines Datenbankabgleiches abgeklärt, ob die hinzugefügten neuartigen Substanzen bekannten Allergenen ähneln. Unbekannte Allergene kann man so jedoch nicht erfassen. Ebenfalls nicht erfasst werden Veränderungen, die durch die gentechnische Modifikation ungeplant ausgelöst werden könnten.

Gerne führen die Entwickler die in der Regel deutlich umfassenderen Ergebnisse zur molekularen Charakterisierung der gentechnisch veränderten Pflanze als ‚Sicherheitsabklärungen‘ ins Feld. Dabei handelt es sich aber im Wesentlichen um Produktbeschreibungen, um den gewünschten Zieleffekt belegen zu können.

Wiederum in Anlehnung an Pestizidprodukte geht es vor allem um eine Beschreibung der ‚Inhaltsstoffe‘. Diese stellt aber erst die Ausgangsbasis für eine Risikoanalyse dar. Fragen zur biologischen Sicherheit beginnen dort, wo das Interesse von Entwicklern endet. Sie fragen nach nicht beabsichtigten Effekten, Wechselwirkungen im Ökosystem sowie einer nachhaltigen Steigerung der Umweltverträglichkeit der Produktionssysteme.

### Kritik am Zulassungsverfahren

Wie viele Wissenschaftler kritisieren wir diese gängigen Zulassungsverfahren als unzureichend für eine zuverlässige, wissenschaftliche Risikoabschätzung. Es reicht nicht, eine gentechnisch veränderte Pflanze wie eine Chemikalie zu prüfen. Toxikologische Parameter aus kurzfristigen Labortests stellen - ohne Überprüfung -

keine belastbaren Indikatoren für ökologische Langzeitauswirkungen in komplexen Umwelten dar. So wird man den Eigenschaften eines lebenden, dynamischen Organismus nicht gerecht, der Inhaltsstoffe in Abhängigkeit vielfältiger Umwelteinflüsse verändert. Isoliert vom Pflanzenkontext werden auch Wechselwirkungen mit anderen bioaktiven Pflanzeninhaltsstoffen nicht berücksichtigt.

Im Falle experimenteller Untersuchungen mit herbizidresistenten Pflanzen ist überdies gravierend, dass sie oft ungespritzt getestet werden. Damit bleibt die Rückstandsproblematik der Unkrautvernichtungsmittel für Umwelt und Gesundheit außen vor. Immerhin überschritten diese Rückstände bei der Markteinführung der herbizidresistenten Sojabohnen von Monsanto sowohl in den USA als auch in der EU die bis dahin geltenden Höchstwerte. Diese wurden daraufhin umgehend von den zuständigen Behörden einfach nach oben korrigiert; anderenfalls hätten die Ernteprodukte nicht verkauft werden dürfen.

Ein neuer Trend bei den Zulassungen von gentechnisch veränderten Pflanzen sind sogenannte ‚gestapelte‘ Sorten, die bis zu sechs verschiedene Bt-Insektengifte und die Rückstände von einem oder zwei Totalherbiziden in sich vereinen. Kombinationswirkungen dieser Toxine gelten als ausgeschlossen, da in den früheren isolierten Prüfungen der einzelnen Bt Insektengifte keine als negativ bewerteten Effekte von biologischer Relevanz konstatiert wurden. So kommen diese ‚gestapelten‘ Pflanzen ohne nennenswerte zusätzliche Sicherheitsstudien auf den Markt.

Entwickler gentechnisch veränderter Pflanzen nehmen als deren spezifischen Nutzen in Anspruch, sie ermöglichen eine ökonomischere Unkrautkontrolle und schonende Bodenbearbeitungsverfahren; Effekte, die auch durch andere Maßnahmen erzielt werden könnten. Dass heute schon Resistenzen gegen Glyphosat beobachtet werden und damit der Einsatz von alten, zuvor als schädlich bezeichneten

Unkrautvernichtungsmitteln wieder erforderlich geworden ist, sehen die Entwickler hingegen nicht als spezifischen Schaden der Gentechnik. Dabei hatten ihre Protagonisten zur geplanten EU-Markteinführung Mitte der 1990er noch betont, Glyphosatresistenzen seien praktisch auszuschließen. Auch beim Anbau von Bt-Pflanzen verbuchen ihre Entwickler die anfängliche Verringerung der Pestizidanwendung als Nutzen auf ihrem Konto, deuten aber deren Zunahme nach der Resistenzbildung als allgemeines Problem.

Die Auswahl von Einschätzungen, die für einen selbst am günstigsten erscheinen, ist charakteristisch für eine althergebrachte reduktionistische Risikoabschätzung, die mit der klassischen Technologieförderung einhergeht. Wenn, wie eingangs dargestellt, ein Paradigmenwechsel eingefordert wird, dann muss dieses System der Sozialisierung der Schäden für das Gemeinwohl ersetzt werden. Die negativen Effekte, die der Einsatz von Bt-Pflanzen hervorruft, müssen bereits von den Herstellern mit in ihre Kostenkalkulationen eingerechnet werden. Erst wenn die tatsächlichen Kosten abgeschätzt sind, können daran auch alternative Lösungen vernünftig gemessen werden.

Diese Forderung betrifft aktuell auch die Nanotechnologien [3] oder die Synthetische Biologie [4], die momentan mit massiver finanzieller Unterstützung durch Steuergelder vorangetrieben werden. Wie gentechnisch veränderte Produkte, so müssen auch diese zukünftig in realistischen Expositionsszenarien und in ihrer Gesamtheit getestet werden statt realitätsfremd als isolierte Komponenten.

**Angelika Hilbeck** ist Agrarökologin und forscht an der ETH Zürich. Zudem ist sie Vorstandsmitglied der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler [5] (VDW) und Vorsitzende des European Network of Scientists for Social and Environmental Responsibility [6].

**Hartmut Meyer** ist Biologe und Koordinator des European Network of Scientists for Social and Environmental Responsibility und Mitglied der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW)

[1] <http://www.agassessment.org/>

[2] <http://www.wbgu.de/hauptgutachten/hg-2011-transformation/>

[3] <http://www.zeit.de/politik/2009-10/risiken-nanotechnologie>

[4] <http://www.zeit.de/online/2009/31/synthetische-biologie>

[5] <http://www.vdw-ev.de/>

[6] <http://www.ensser.org/about/board-and-staff/>

---

## **weitere Themen**

BMELV, PM, 10.03.12:

## **Aigner: „Sicherer Zugang zu Land ist überlebenswichtig“ Bundesministerin begrüßt erfolgreichen Abschluss der UN- Verhandlungen zur Erarbeitung freiwilliger Leitlinien über Landnutzungsrechte**

Immer mehr ausländische Investoren aus der ganzen Welt kaufen zum Teil großflächig Land in Entwicklungs- und Schwellenländern. Zwischen 50 und 80 Millionen Hektar Land wurden Schätzungen zufolge in den vergangenen Jahren erworben – zwei Drittel davon liegen in Ländern Subsahara-Afrikas, deren Bevölkerung von

Hunger und Unterernährung besonders betroffen ist. Nach jahrelangen internationalen Verhandlungen hat sich der Welternährungsausschuss der Vereinten Nationen am Freitagabend auf freiwillige Leitlinien verständigt, die den Menschen den Zugang zu Land erleichtern und gerade in den ärmsten Regionen der Welt die Produktion von Nahrungsmitteln erleichtern sollen. „Die freiwilligen Leitlinien zum verantwortungsvollen Umgang mit Boden- und Landnutzungsrechten, Fischgründen und Wäldern sind ein wichtiger Schritt zur Umsetzung des Menschenrechts auf Nahrung“, erklärte **Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner** am Samstag nach Abschluss der Verhandlungen innerhalb der UN-Welternährungsorganisation (FAO). „Investitionen sind für die Ernährungssicherheit von größter Bedeutung. Die lokale Bevölkerung darf dabei nicht der Verlierer sein. Aus diesem Grund setzen sich Deutschland und Europa für die Verabschiedung international anerkannter Leitlinien ein, an denen Investoren und Regierungen ihr Engagement ausrichten können“, so Aigner.

Sichere Zugangsrechte zu Land und anderen produktiven Ressourcen seien gerade für die Menschen in ländlichen Gebieten überlebenswichtig, betonte Aigner. „Private Investoren dürfen die Menschenrechte und Landrechte der lokalen Bevölkerung nicht verletzen.“ Die freiwilligen Leitlinien geben eine Orientierung, um sicheren und fairen Zugang zu Land und anderen natürlichen Ressourcen wie Wald oder auch Fischbestände für die heimische Bevölkerung zu gewährleisten. Konkret geht es dabei um die Verwaltung und Zuweisung von Eigentums- und Nutzungsrechten, mögliche Transfers und Änderungen dieser Rechte zum Beispiel bei großflächigen Landkäufen, verantwortungsvolle Investitionen in Land und die Bedeutung solcher Investitionen für den Klimawandel. Aigner appellierte an die Verantwortung der nationalen Regierungen: „Der Zugang insbesondere ärmerer Bevölkerungsschichten zu Land muss geschützt werden. Häufig sind die rechtlichen und administrativen Rahmenbedingungen dafür nicht ausreichend. Außerdem muss die Korruptionsvorbeugung verbessert werden sowie der Schutz vor Vertreibung, Enteignung und Diskriminierung. Hier liegt die Verantwortung bei den Regierungen vor Ort.“

In den Verhandlungen setzte sich Deutschland außerdem dafür ein, dass die Leitlinien die in vielen Regionen existierende Diskriminierung von Frauen beim Zugang zu Landressourcen thematisieren. „Die Beteiligungsrechte von Frauen und Mädchen müssen gestärkt werden“, sagte Aigner. In vielen Schwellen- und Entwicklungsländern würden die Frauen nach wie vor durch tradiertes Erb- oder Familienrecht benachteiligt und haben oft nur sehr wenig Einfluss auf Landnutzungsplanungen. Obwohl Frauen mehr als die Hälfte der Kleinbauern stellen, sind weniger als 20 Prozent der Landtitel auf Frauen ausgestellt. Würden Frauen denselben Zugang zu Land, Bildung und Technologie haben, könnte die Zahl der Hungernden weltweit um über 100 Millionen reduziert werden, so internationale Schätzungen.

Die „Freiwilligen Leitlinien zum verantwortungsvollen Umgang mit Boden- und Landnutzungsrechten, Fischgründen und Wäldern“ sind aus Sicht der Bundesregierung so bedeutend, weil sie derzeit das einzige globale Instrument sind, das den sicheren und gerechten Zugang zu natürlichen Ressourcen regelt und sich dabei auch mit der Gestaltung von Landinvestitionen – dem so genannten „Landgrabbing“ – befasst.

Die Verhandlungen der Leitlinien in Rom fanden unter aktiver Beteiligung der Zivilgesellschaft, der Wissenschaft und des Privatsektors statt. Im Vorfeld hatte die FAO weltweit Konsultationen organisiert, in denen insbesondere die Anliegen der notleidenden Bevölkerung diskutiert wurden. Das

Bundeslandwirtschaftsministerium hat diese Arbeit seit 2009 mit 2,1 Millionen Euro unterstützt. Die förmliche Verabschiedung der freiwilligen Leitlinien ist für Mai 2012 im Rahmen einer Sondersitzung des Welternährungsausschusses in Rom geplant.

---

BMELV, PM, 13.03.12:

## **„Zu gut für die Tonne“: Verbraucherministerin Aigner startet neue Kampagne gegen das Wegwerfen von Lebensmitteln**

**BMELV legt Studie über Wegwerfraten vor / Konferenz berät am 27. März über Strategien / Neues Informationsportal des Ministeriums und bundesweite Aufklärungsaktion mit dem Handel / Deutschland für Wegfall aller Marktnormen**

**Bundesverbraucherministerin Ilse Aigner** hat am Dienstag in Berlin eine aktuelle Studie über Lebensmittelabfälle in Deutschland vorgelegt. Die Untersuchung der Universität Stuttgart kommt zu dem Ergebnis, dass Industrie, Handel, Großverbraucher und Privathaushalte jährlich knapp 11 Millionen Tonnen Lebensmittel als Abfall entsorgen. Laut Studie entsteht der Großteil dieser Lebensmittelabfälle (61 Prozent) in Privathaushalten, gefolgt von Großverbrauchern wie Gaststätten oder Kantinen sowie der Industrie (jeweils rund 17 Prozent). Von den Privathaushalten werden laut der Studie bundesweit jedes Jahr rund 6,7 Millionen Tonnen Lebensmittel entsorgt. Im Schnitt wirft jeder Bundesbürger pro Jahr 81,6 Kilogramm weg. 65 Prozent dieser Lebensmittelabfälle wären völlig oder zumindest teilweise vermeidbar. Der Wert der vermeidbaren Lebensmittelabfälle wird pro Kopf auf jährlich 235 Euro geschätzt. Bei einem Vier-Personen-Haushalt summiert sich der Betrag im Schnitt pro Jahr auf rund 940 Euro, auf Deutschland hochgerechnet sind es bis zu 21,6

Milliarden Euro pro Jahr, die die vermeidbare Verschwendung kostet. Am häufigsten auf dem Müll landen Gemüse und Obst – sie machen 44 Prozent aller vermeidbaren Lebensmittelabfälle in Privathaushalten aus. „Wir leben in einer Überfluss- und Wegwerfgesellschaft. In Deutschland und Europa wird viel zu viel weggeworfen, wertlos gemacht, vernichtet. Jeder von uns kann seinen Beitrag leisten, die Verschwendung wertvoller Ressourcen zu stoppen. Es ist Zeit für einen Bewusstseinswandel – und für mehr Wertschätzung für unsere Lebensmittel“, sagte Bundesverbraucherministerin Aigner in Berlin. Unter dem Titel „**Zu gut für die Tonne**“ wird das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) Ende März eine breit angelegte **Informationskampagne für Verbraucher** starten. „Wir wollen den Menschen nützliches Wissen und praktische Tipps vermitteln über den Umgang mit Lebensmitteln – vom Einkauf über die richtige Lagerung bis hin zur Verarbeitung in der Küche. Auf einer neuen Internet-Plattform werden alle Informationen gebündelt“, so Aigner.

Aber auch der Handel sei gefordert, seinen Kunden mehr Informationen über den verantwortungsbewussten Umgang mit Lebensmitteln anzubieten und gleichzeitig zu prüfen, mit welchen Stellschrauben und Maßnahmen eine weitere Reduzierung der Wegwerfraten erreicht werden kann – sowohl im Handel selbst, als auch bei den Verbrauchern. Kommen Montag, 19. März, wird der Bundesverband des Deutschen Lebensmittelhandels (BVL) unterstützt vom BMELV eine deutschlandweite **Aufklärungsaktion über das Mindesthaltbarkeitsdatum** starten. „Stellschrauben überprüfen, Missverständnisse beseitigen und ein neues Bewusstsein schaffen für den Wert von Lebensmitteln, das ist unser gemeinsames Anliegen“, erklärte Bundesministerin Aigner.

Experten aus Industrie, Handel, Gastronomie und Landwirtschaft sowie Verbraucherschützer, Vertreter von Kirchen und NGO's werden auf Einladung der Bundesministerin bei einer **Fachkonferenz am 27. März in Berlin** gemeinsam über Strategien gegen die Lebensmittelverschwendung beraten. „Für Deutschland sehe ich die Chance, ein breites Bündnis zu schmieden“, sagte Aigner. Die Fraktionen im Deutschen Bundestag planen eine fraktionsübergreifende Initiative, die das BMELV unterstützt. Auch immer mehr Bundesländer setzen das Thema auf die Agenda. Die EU-Kommission und das Europäische Parlament arbeiten ebenfalls an konkreten Vorschlägen zur europaweiten Reduzierung der Wegwerfraten. Aigner forderte eine konzertierte Aktion aller Akteure: „Erfolg werden wir im Kampf gegen die Müllberge nur haben, wenn alle an einem Strang ziehen – Bund und Länder, EU-Kommission und Mitgliedstaaten, Handel, Industrie, Landwirtschaft, Gastronomie – und nicht zuletzt die Verbraucher.“

Ministerin Aigner bekräftigte, die Bundesregierung werde sich auf EU-Ebene weiter mit Nachdruck für die **Abschaffung aller Vermarktungsnormen und deren staatliche Kontrolle** einsetzen. 26 von insgesamt 36 Vermarktungsnormen für Obst und Gemüse seien bereits abgeschafft worden. „Aber hier dürfen wir nicht stehen bleiben. Die zehn noch bestehenden Vermarktungsnormen, etwa für Tomaten, Salat, Äpfel, Erdbeeren und Pfirsiche, passen nicht mehr in die Zeit. Irgendwelche Normen dürfen kein Vorwand sein, Agrarprodukte unterzupflügen oder einfach wegzuworfen“, so Aigner.

Zudem setzt sich die Bundesregierung für eine **europaweite Bioabfallrichtlinie** ein, um die Verwertung der Abfälle EU-weit zu verbessern. Aigner: „Wenn schon Lebensmittel weggeworfen werden, sollten sie wenigstens so sinnvoll wie möglich verwertet werden, etwa über Biogas oder Kompost. Deutschland nimmt hier bereits eine führende Rolle ein.“

Das Bundesministerium will darüber hinaus **regionale und direkte Vermarktung stärken**. Aigner erklärte, sie werde mit den Agrarministern der Bundesländer im April über Kriterien für eine bundesweit einheitliche Regional-Kennzeichnung für Lebensmittel beraten. „Die Regionalvermarkter zu stärken bedeutet: kürzere Transportwege, weniger Transportschäden, weniger Verlust.“

Zudem sei ein **Ausbau der Datenbasis** der Lebensmittelwirtschaft und des Handels erforderlich. „Bei allen Maßnahmen, die wir jetzt und später auf den Weg bringen, sind wir angewiesen auf eine zuverlässige Datenbasis. Die Stuttgarter Studie hat gezeigt, dass hier Nachholbedarf besteht, besonders bei Industrie und Handel.“ Wegen der unzureichenden Erfassung von Abfallmengen und unterschiedlicher Messsysteme sei die realistische Gesamtmenge der Lebensmittelabfälle in Deutschland und Europa nur schwer abschätzbar.

Die **Forschung verstärken** will Aigner insbesondere im Bereich der Landwirtschaft: Um ein vollständiges Bild der Kette vom Acker bis zum Teller zu haben, wird das Bundesagrarministerium den Bereich der Urproduktion untersuchen lassen. Die Stuttgarter Studie legt den Fokus auf Verarbeitung, Vertrieb und Verbraucher. „Wir werden nur dann an den richtigen Stellen ansetzen können, wenn wir ein vollständiges Bild der gesamten Kette haben“, so Aigner. Natürlich habe auch die Landwirtschaft ein hohes wirtschaftliches Eigeninteresse, Verluste entlang der Wertschöpfungskette zu vermeiden. Doch müsse alles unternommen werden, Ernte- und Lagerverluste zu reduzieren und die Bekämpfung von Schädlingen weiter zu verbessern. Hier kann das Bundeslandwirtschaftsministerium auf eine schlagkräftige Ressortforschung setzen. Aigner: „Das Motto muss sein: Mit Qualität punkten – denn die Qualität der Ernteprodukte hat einen starken Einfluss auf die Wegwerfrate.“

Weitere Informationen über die Studie der Universität Stuttgart, über die neue Informationskampagne des Bundesverbraucherministeriums und die Konferenz am 27. März 2012 in Berlin, auf dem auch die Langfassung der Studie vorgestellt werden wird, finden Sie im Internet unter [www.bmelv.de](http://www.bmelv.de).

---

Greenpeace, 13.03.12:

## **Greenpeace-Kommentar zur Aigner-Studie / Lebensmittelverschwendung**

Berlin, 13. 3. 2012 - Verbraucherministerin Ilse Aigner (CSU) hat heute eine Studie vorgestellt, nach der in Deutschland jedes Jahr etwa elf Millionen Tonnen Lebensmittel weggeworfen werden. Nachdem Greenpeace Parlamentarier im Oktober 2010 über fehlende Daten zur Lebensmittelverschwendung informiert hatte, gab das Landwirtschafts- und Verbraucherministerium die Studie bei der Universität Stuttgart in Auftrag.

Es kommentiert **Martin Hofstetter, Landwirtschaftsexperte von Greenpeace:**

„Während eine Milliarde Menschen weltweit Hunger leidet, landen hierzulande Millionen Tonnen wertvoller Lebensmittel im Müll. Die in Deutschland vernichteten Lebensmittel fehlen global an anderer Stelle, treiben die Preise für Nahrungsmittel in die Höhe und den Klimawandel voran. Frau Aigner hat diese gigantische Verschwendung von Ressourcen aus Rücksicht auf die Geschäfte der Ernährungsindustrie zu lange ignoriert. Die heute vorgelegte Studie ist sinnvoll, aber unvollständig. So hat Frau Aigner versäumt, die Lebensmittelverluste in der Landwirtschaft untersuchen zu lassen. Obst und Gemüse mit kleinen Makeln wird vernichtet oder bleibt auf dem Acker, weil es nicht den überzogenen Vorgaben des Handels entspricht. Greenpeace fordert das Ministerium auf, diese Daten unverzüglich nachzuliefern.“

Hintergrund:

- Die Ergebnisse der Studie: in den Haushalten werden pro Jahr etwa 6,7 Mio. Tonnen Lebensmittel weggeworfen - Zweidrittel davon wären vermeidbar. Großverbrauchern und Kantinen verursachen Verluste von 1,9 Mio. Tonnen bzw. 1,85 Mio. Tonnen, der Handel 550.000 Tonnen.
  - Umgerechnet landet damit die Ernte von rund zwei Millionen Hektar Land, fast 20 Prozent der deutschen Ackerfläche, im Müll.
  - Laut Welternährungsorganisation (FAO) entspricht der Umfang der Lebensmittelverluste in Europa mit 222 Mio. Tonnen der Lebensmittelproduktion Schwarzafrikas.
- 

BVE Bundesvereinig. Ernährungsindustrie, 13.03.12 - 14:36

## **BVE-Pressemitteilung: Der Abbau von Lebensmittelabfällen ist alternativlos**

### **Potentiale im Rahmen der gesamten Wertschöpfungskette nutzen**

Berlin (ots) - Bundesministerin Ilse Aigner (Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz) hat heute eine aktuelle Studie der Universität Stuttgart über Lebensmittelabfälle in Deutschland vorgelegt. Danach beträgt die Gesamtmenge an Lebensmitteln, die jährlich von Industrie, Handel, Großverbrauchern und Privathaushalten entsorgt werden, ca. 11 Mio. Tonnen. Mit ca. 6,7 Mio. Tonnen entfällt der größte Anteil auf die Privathaushalte. Für die Ernährungsindustrie werden - unter Einräumung einer erheblichen Datenunsicherheit - rund 1,9 Mio. Tonnen pro Jahr angenommen.

BVE-Geschäftsführer Peter Feller: „Die Studie zeigt, dass ein erhebliches Potential besteht, um den Umfang der Lebensmittelabfälle in Deutschland zu reduzieren. Zu begrüßen ist die von Bundesministerin Aigner angekündigte Informationskampagne für Verbraucher, da der Großteil der weggeworfenen Lebensmittel aus diesem Bereich kommt.“

Auf der Grundlage einer Hochrechnung und der Ergebnisse internationaler Studien hat die Universität Stuttgart für den Bereich der Lebensmittelindustrie einen Anteil von 1,85 Mio. Tonnen Lebensmittelabfällen angenommen; dies entspricht einem Anteil in Höhe von 17% am Gesamtaufkommen. Dabei wird jedoch eine große Schwankungsbreite für Lebensmittelabfälle in der Ernährungsindustrie konzediert, da unter anderem die bestehende Datengrundlage sehr ungenau ist.

BVE-Geschäftsführer Peter Feller: „Aufgrund der schwierigen Marktlage in Deutschland, die insbesondere durch eine Konzentration auf der Handelsseite bedingt wird, achten die Nahrungsmittelhersteller bereits aus betriebswirtschaftlichen Gründen darauf, den Anteil der vermeidbaren Lebensmittelabfälle so gering wie möglich zu halten. Auch zukünftig werden die Betriebe an der Verbesserung ihrer Effizienzen arbeiten. Die in der Studie angesetzte Größenordnung in Höhe von 17% erscheint zu hoch bzw. zu undifferenziert, da keine Unterscheidung vorgenommen wird, inwieweit die zugrunde gelegten Abfälle vermeidbar bzw. unvermeidbar sind.“

Trotz vielfältiger Bemühungen um Effizienz lässt es sich nicht immer vermeiden, dass im Rahmen der industriellen Fertigung auch Lebensmittel hergestellt werden, die zwar qualitativ einwandfrei sind aber aus anderen Gründen vom Handel nicht abgenommen werden.

Über eine enge Kooperation mit den Tafeln, werden diese Nahrungsmittel kostenlos oder gegen einen symbolischen Betrag an sozial und wirtschaftlich benachteiligte Menschen abgegeben und somit ihrem

eigentlich vorgesehenen Verwendungszweck zugeführt. Soweit es sich im Einzelfall um Großmengen handelt, erfolgt die Kooperation zwischen den Industrieunternehmen und dem Bundesverband Deutsche Tafel e. V., der die weitere Verteilung übernimmt; ansonsten wird die Abwicklung zwischen den bundesweit insgesamt 880 Tafeln und den einzelnen Unternehmen der Ernährungsindustrie bzw. des Handels auf direktem Wege abgewickelt.

Originaltext: BVE Bundesvereinigung Ernährungsindustrie

---

Deutscher Naturschutzring (DNR), PM, 13.03.12:

## **Kampagne gegen Wegwerfen von Lebensmitteln:**

### **DNR wirft Verbraucherministerin Aigner mangelnde Konsequenz vor**

Kritik und Lob an der Botschaft der heutigen Pressekonferenz von Bundesverbraucherministerin Ilse Aigner übte heute in Berlin der Deutsche Naturschutzring (DNR). "Natürlich begrüßen wir die heute von Verbraucherministerin Aigner gestartete Kampagne gegen Lebensmittelverschwendung als längst überfälligen Schritt", betonte DNR-Präsident Hubert Weinzierl. Die Politik dürfe sich aber nicht aus der Verantwortung stehlen und lediglich eine Problembeschreibung und unverbindliche Appelle abgeben.

"Notwendig ist die Abschaffung des sogenannten Mindesthaltbarkeitsdatums und stattdessen die Einführung eines konkreten Verbrauchsdatums für Lebensmittel als echte Orientierung für Verbraucher und Handel, außerdem die Einführung einer Dokumentationspflicht über die Menge des Lebensmittelabfalls in Handel, Industrie und bei Großverbrauchern", sagte DNR-Generalsekretär Helmut Röscheisen. Die deutsche und europäische Entwicklungspolitik müsse die Vermeidung der gewaltigen Nachernteverluste vor allem in Entwicklungsländern als zentrale Aufgabe übernehmen.

Der DNR ermutigte Verbraucherministerin Aigner, die von der Zivilgesellschaft angebotene Kooperation für eine gemeinsame Kampagne anzunehmen. Zusammen mit anderen Organisationen wie dem Bundesverband Deutsche Tafel und der Deutschen Welthungerhilfe bereitet der DNR eine Kampagne zur Vermeidung und Reduzierung von Lebensmittelverschwendung vor.

Weitere Informationen: Dr. Helmut Röscheisen, DNR-Generalsekretär Tel.: 0160/97209108

---

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Schleswig-Holsteinischen Landtag, PM, Nr. 152.12 / 12.03.2012

## **Artenvielfalt und intakte Natur bewahren – Vermaisung stoppen**

Biogas-Anlagen sollten vorwiegend Reststoffe energetisch nutzen, stattdessen bauen wir inzwischen fast ausschließlich Mais für die Vergärung an. In einigen Gemeinden erreicht der Maisanteil bereits mehr als 50 Prozent der Gemeindefläche. Im Kreis Schleswig-Flensburg wird auf rund 60 Prozent der Ackerfläche Mais angebaut, mehr als die Hälfte davon zur Verwendung in Biogasanlagen. Dazu sagen für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Der Fraktionsvorsitzende **Robert Habeck**:

„Was als sehr gute Idee gestartet war, hat sich inzwischen zu einem großen Problem ausgewachsen. Wir müssen uns fragen, ob wir weiter nichts tun wollen oder ob wir Möglichkeiten der Steuerung schaffen. Wir wollen die Biogasgewinnung, aber müssen Fehlentwicklungen entgegen steuern, die durch staatliche Maßnahmen verursacht wurden. Für uns gehört dies zur Heimatdebatte. Und Heimat bedeutet Artenvielfalt und intakte Natur zu bewahren.“

Der agrarpolitische Sprecher der Fraktion, **Bernd Voß**, ergänzt:

„Wir brauchen für die Energiewende die Biogasgewinnung. Wir wissen, dass gerade die LandwirtInnen die Chancen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes immer frühzeitig wahrgenommen haben und so besonders in Schleswig-Holstein die Energiewende erst ermöglicht haben. Bevor die Akzeptanz von Biogas-Anlagen verloren geht, müssen wir handeln.“

**Bernd Voß** erläutert die Grünen Forderungen:

„Der Bundesgesetzgeber hat bisher nicht erwirkt, dass Biogasnutzung wesentlich auf andere Rohstoffe als Mais aufbaut. Das wäre über eine andere Gestaltung des EEG möglich, wurde aber im letzten Jahr bei einer Novellierung des EEG verpasst – auch von unserer Landesregierung.

Der zweite Weg, der weiteren Zunahme des Maisanbaus zu begegnen, sind Änderungen im Bundesbaugesetzbuch. Da aktuell keine wirksame Anpassung der genannten bundesrechtlichen Regeln zu erwarten ist, schlagen wir vor, landespolitische Maßnahmen zu ergreifen: Biomasseanbau und Errichtung weiterer Biogasanlagen müssen durch Landes- und Regionalplanung und Bauplanungsrecht gesteuert werden. Infolge der alleinigen Ausrichtung der Biogasgewinnung auf Mais sind regionale Eingriffe in Landschaftsbild und die Auswirkungen auf die Umwelt inzwischen so gravierend, dass man eine rechtliche Neubewertung

vornehmen muss. Deshalb sehen wir eine Raumbedeutsamkeit der Anlagen und dem mit ihm verbundenen Mais-Anbau. Um landesplanerisch tätig zu werden, muss diese Raumbedeutsamkeit festgestellt werden.

Infolge dessen fordern wir:

- den Landesentwicklungsplan zu ergänzen, mit grundsätzlichen Vorgaben bezüglich der Errichtung von Biomasseanlagen und den Anbau von nachwachsenden Rohstoffen in bereits stark belasteten Räumen.
- den Trägern der Regionalplanung die Möglichkeit einzuräumen, die Raumbedeutsamkeit von Biogasanlagen in Zusammenhang mit dem Anbau der nachwachsenden Rohstoffe festzustellen und gegebenenfalls die Genehmigung weiterer Anlagen zu verhindern. Dies gilt nicht für Anlagen, die auf folgenden betrieblichen Stoffen basieren: Mist, Gülle, Reste der Futter- und Lebensmittelverarbeitung, Naturschutzschnitt sowie Zwischenfruchtanbau und Fruchtfolgeglieder, die der Aufwertung der Bodenfruchtbarkeit dienen.
- darauf hinzuwirken, dass im Rahmen der laufenden Novelle des Baugesetzbuch des Bundes die Regelungen zur Privilegierung von Biogasanlagen geändert werden.“

**Robert Habeck** abschließend:

„Die in einigen Regionen stark konzentrierte Biogasnutzung auf Maisbasis führt zu einem Ansteigen der Pachtpreise und einer Verdrängung landwirtschaftlicher Betriebe mit Viehhaltung sowie zu ökologischen Problemen in Bezug auf Gewässer-, Boden- und Biodiversitätsschutz. Dadurch wird die wirtschaftlich und ökologisch ausgewogene räumliche Ordnung und Entwicklung in Frage gestellt. Dem Landesentwicklungsplan und nachgeordnet den Regionalplänen kommt die Aufgabe zu, diese ausgewogene räumliche Ordnung und Entwicklung sicherzustellen. Der Landesentwicklungsplan muss daher um entsprechende Grundsätze bezüglich der Errichtung von Biogasanlagen und den Anbau von nachwachsenden Rohstoffen in bereits stark belasteten Räumen ergänzt werden.“

---

Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK), 08.03.2012:

<http://www.pik-potsdam.de/aktuelles/pressemitteilungen/climate-risks-of-bioenergy-underestimated>

## Klimarisiken durch Energie aus Biomasse werden unterschätzt

08.03.2012 - Die Risiken des Einsatzes von Energie aus Biomasse werden unterschätzt, wie ein jetzt in Nature Climate Change veröffentlichter Artikel zeigt. „Wir brauchen hier das Vorbeugeprinzip“, sagt **Ottmar Edenhofer, Chef-Ökonom des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK)** und Professor der Technischen Universität Berlin (TU Berlin). „Bevor die Bioenergie weiter ausgeweitet wird, muss die Wissenschaft eine umfassendere Abschätzung der Risiken liefern – bislang sind in Projektionen des Einsatzes von Bioenergie teils fundamentale Unsicherheiten enthalten. Nötig sind hier neuartige Ansätze des Risikomanagements für den Wandel der Landnutzung.“ Eine Möglichkeit wäre, die Beweislast für das Erreichen von Nachhaltigkeitsstandards auf die Produzenten von Bioenergie zu verlagern.

Der großflächige Anbau von Energiepflanzen könnte unter dem Strich zu mehr Ausstoß von Treibhausgasen führen, wenn beispielsweise Wälder abgeholzt und zu Anbauflächen umgewandelt werden. Zugleich heißt es aber in ökonomischen Szenarien zur CO<sub>2</sub>-Reduzierung, dass sich die fossilen Brennstoffe kaum ohne einen massiven Einsatz von Bioenergie werden ersetzen lassen. Der Artikel analysiert nun, wie diese beiden scheinbar gegensätzlichen Betrachtungsweisen zusammengeführt werden können, und identifiziert die der Debatte zugrundeliegenden wesentlichen Unsicherheiten.

„Energie aus Biomasse ist Gegenstand einer hitzigen Diskussion“, sagt Felix Creutzig, Hauptautor des Artikels von Wissenschaftlern der TU Berlin, des PIK und der Universität Berkeley in den USA. „Forscher müssen sehr klar die Annahmen darlegen, die sie ihrer jeweiligen Untersuchung zugrunde legen. Und sie sollten systematisch die Risiken in die Berechnungen mit einbeziehen, die mit unterschiedlichen Regelungsmöglichkeiten zur Bioenergie zusammenhängen. Politiker hätten die Wahl, in Zukunft nur unter genauen Vorgaben den Einsatz von Bioenergie zu erlauben.“

Die Ökobilanz von Energie aus Biomasse ist von großen Unsicherheiten geprägt. Während die Emissionen der bisherigen Produktion von Bioenergie meist gut erfasst werden, werden die Effekte einer künftigen Ausweitung des Einsatzes von Bioenergie auf die Märkte von Landwirtschaftsprodukten oder auf den Benzinmarkt laut der Studie oft außer Acht gelassen. So könnte beispielsweise eine verstärkte Erzeugung von Rohstoffen für Biosprit weltweit die Preise für Agrarland in die Höhe treiben. Dies würde Anreize setzen, Anbauflächen auf Kosten natürlicher CO<sub>2</sub>-Senken auszuweiten.

Auf der anderen Seite behandeln viele ökonomische Szenarien zum Klimaschutz Bioenergie als „CO<sub>2</sub>-neutral“. Dabei unterstellen sie, dass Maßnahmen zum Waldschutz ergriffen werden, und dass technischer Fortschritt eine höhere Ausbeute von Bioenergie pro Hektar erlaubt. Ob diese Annahmen eintreffen, ist schwer vorherzusagen. Abhängig von solchen Annahmen schwanken aber die Abschätzungen des Potenzials von Bioenergie beträchtlich – nämlich um den Faktor Zehn.

Eine umfassende Beurteilung der Chancen und Risiken des Einsatzes von Bioenergie sollte das ganze Spektrum möglicher Entwicklungen darzustellen versuchen und systematisch Auswirkungen auf Märkte erfassen, so die

Schlussfolgerung der Forscher. Die Szenarien müssen systematischer auch die Effekte der Nutzung von Bioenergie in einer nicht perfekten Welt abschätzen, in der es beispielsweise nur einen begrenzten Fortschritt von politischen Regelungen und Technologie gibt. Um hier die Debatte voran zu bringen, sei eine viel engere fächerübergreifende Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen mit Bioenergie befassten Forschungsrichtungen nötig.

"Dies ist eine zentrale Herausforderung für kommende wissenschaftliche Sachstandsberichte“, sagt Ottmar Edenhofer. „Berechnungen zur Wirkung des Einsatzes von Bioenergie in der Zukunft sind von Natur aus mit Ungewissheiten belastet, und hierauf muss man an der Schnittstelle von Politik und Wissenschaft reagieren. Die Projektionen sind teils abhängig von Werturteilen – diese betreffen Energiesicherheit, Klimaschutz, Ernährungssicherheit und den Schutz der Artenvielfalt.“ Wenn es der Wissenschaft gelänge, alle zugrundeliegenden Annahmen und Unsicherheiten den politischen Entscheidungsträgern verständlich zu machen, so Edenhofer, „dann kann das ein Start sein für die wichtige Diskussion, wo wir als Gesellschaft hinwollen, und welche Risiken wir hierbei in Kauf nehmen.“

Die Analyse wurde von der Michael Otto Stiftung und dem deutschen Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert.

**Artikel:** Creutzig, F., Popp, A., Plevin, R., Luderer, G., Minx, J., Edenhofer, O. (Nature Climate Change, 2012): Reconciling top-down and bottom-up modelling on future bioenergy deployment [doi:10.1038/nclimate1416]

**Weblink zum Artikel:** <http://www.nature.com/nclimate/journal/vaop/ncurrent/full/nclimate1416.html>

---

Topagrar.com, 13.03.12:

<http://www.topagrar.com/news/Home-top-News-Ende-der-Abwicklung-von-Absatzfonds-CMA-und-ZMP-noch-nicht-absehbar-789726.html>

## **Ende der Abwicklung von Absatzfonds, CMA und ZMP noch nicht absehbar**

Immer noch nicht absehbar ist derzeit ein endgültiger Schlusspunkt für den Absatzfonds und seine Durchführungsgesellschaften Centrale Marketing-Gesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft (CMA) und Zentrale Markt- und Preisberichtsstelle (ZMP). Das erklärte Staatssekretär Peter Bleser kürzlich.

Nach Blesers Angaben sind inzwischen wesentliche Abwicklungsarbeiten abgeschlossen. Zu den noch zu erledigenden Aufgaben gehörten insbesondere die ausstehenden Steuerprüfungen sowie die Arbeiten zur Erfüllung der formellen Voraussetzungen für die Beendigung der Liquidation wie Liquidationsschlussbilanz, Liquidationsschlussrechnung sowie Vorbereitung der Akten für die Übergabe und Verwahrung. Daneben verblieben wenige laufende Abwicklungsarbeiten, beispielsweise ein Verfahren, in dem es um eine Ausgleichszahlung der CMA für eine Urheberrechtsverletzung gehe. Die Dauer dieser Rechtsstreitigkeit könne zum jetzigen Zeitpunkt nicht vorhergesagt werden, betont der Staatssekretär.

Voraussetzung für die Abwicklung des Absatzfonds sei neben der Beendigung der Liquidation von CMA und ZMP die Beitragsrückabwicklung über die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) und die Länder. Hier sei noch eine Vielzahl von Rechtsstreitigkeiten anhängig.

Laut Bleser waren Ende 2011 etwa 450 Widerspruchs- und Klageverfahren insbesondere über Rückforderungsansprüche früherer Beitragszahler noch nicht rechtskräftig abgeschlossen. Hiervon beträfen etwa 350 Verfahren Rückforderungsansprüche gegenüber der BLE und 100 Verfahren Ansprüche, die gegen die zuständigen Stellen in den betroffenen Bundesländern geltend gemacht worden seien.

Trotz kontinuierlicher Abnahme der Verfahren sei in diesem Jahr nicht mit einer abschließenden Erledigung zu rechnen. Darüber hinaus seien noch Vermögensgegenstände zu verwerten. Als schwierig gestalte sich dabei insbesondere die Veräußerung des Bürogebäudes an der Koblenzer Straße in Bonn-Bad Godesberg, das von der CMA genutzt worden sei. (AgE)

---

Süddeutsche Zeitung, 13.03.12: Wirtschaft

## **Alles für die Erdbeere**

### **Warum Obstbauern ihre eigene Lebensgrundlage gefährden**

Von Silvia Liebrich

München - Sie gehören zu den ersten frischen Früchten, die jetzt auf den Markt kommen: saftige rote Erdbeeren. Ein großer Teil davon kommt aus Spanien, wo die Pflanzen in Gewächshäusern gezogen werden. Ohne künstliche Bewässerung wäre das kaum möglich. Weil die Nachfrage nach Erdbeeren, Tomaten und anderem Obst und Gemüse steigt, wird auch immer mehr Wasser verbraucht - und das in einer Region, die schon jetzt unter einer bedrohlichen Trockenheit leidet.

Umweltschützer sind alarmiert, auch weil ein großer Teil des notwendigen Wassers aus illegal gebohrten Brunnen kommt. 500000 davon gibt es Schätzungen zufolge im ganzen Land. Die meisten sind von



Landwirtschaftsbetrieben im Süden Spaniens angelegt, wo der Wassermangel am größten ist. Zugleich sitzen dort die meisten Obst- und Gemüseanbaubetriebe. Weil die Behörden nicht hart genug gegen den Raubbau durchgreifen, sinkt der Grundwasserspiegel immer weiter ab. Das Problem ist bekannt. Trotzdem unterstützt die Europäische Union diese umstrittenen Anbaumethoden mit Millionen-Subventionen für spanische Bauern. Die Umweltschutzorganisation World Wide Fund for Nature (WWF) warnt nun vor einer weiteren Verschärfung, weil der anhaltende Raubbau an den Wasserreserven nun auch einen von Spaniens größten Nationalparks bedroht: Coto de Donana. Das Schutzgebiet an der Costa de la Luz in Andalusien gilt als wichtigstes Feuchtgebiet des Landes. Die Zunahme von Wasserdiebstahl verhindere ein gutes Management der Wasserressourcen, heißt es in einer Studie, die der WWF am Dienstag offiziell vorstellen will. Die durch illegale Entnahme hervorgerufenen Probleme seien in den vergangenen zwei Jahrzehnten wiederholt von internationalen Organisationen angeprangert worden. Kontrolle und Strafverfolgung seien jedoch nach wie vor völlig unzureichend, kritisiert der WWF.

Die Organisation hat nach eigenen Angaben selbst recherchiert und in fünf verschiedenen Teilen Donanas Fälle von Wasserdiebstahl aufgedeckt. Die unzulässige Entnahme führt nach Angaben der Umweltschützer dazu, dass der Grundwasserspiegel sinkt. Hauptzuflüsse der Donana drohen vor allem in trockenen, heißen Sommern zu versiegen, weil der fallende Grundwasserspiegel ausbleibende Niederschläge nicht mehr kompensieren kann. Klimaexperten warnen schon seit einigen Jahren davor, dass die Wüstenbildung in weiten Teilen Südspaniens und im gesamten Mittelmeerraum voranschreitet. Das gefährdet auch die wirtschaftliche Entwicklung, weil Landwirtschaft und Tourismus zu den wichtigsten Einnahmequellen zählen.

Ursache für die Wasserverschwendung in Spanien ist nach Angaben des WWF auch die unsinnige Förderung der Europäischen Union. Wer in der Landwirtschaft Wasser verbraucht, bekommt laut WWF finanzielle Hilfen aus EU-Fördertöpfen. Deshalb sei es längst gängige Praxis, auch Olivenhaine und Weinreben zu bewässern, die eigentlich auch ohne künstliche Bewässerung auskommen könnten.

Die zunehmende Wasserknappheit ist das zentrale Thema des Weltwasserforums, das am Montag in Marseille begonnen hat. Die weltweite Trinkwasserversorgung kann aus Sicht der Unesco künftig nur durch engere Kooperation der Staaten gesichert werden. 'Wir brauchen einen Bewusstseinswandel', forderte der Generalsekretär der Deutschen Unesco-Kommission, Roland Bernecker. Laut dem vierten Weltwasserbericht der UN-Organisation wird der globale Wasserbedarf alleine in der Landwirtschaft bis 2050 um 20 Prozent steigen, wenn die Weltbevölkerung wie prognostiziert wächst. Derzeit sterben dem Bericht zufolge jährlich 3,5 Millionen Menschen an den Folgen schlechter Wasserversorgung. Fast 900 Millionen Menschen fehlt der Zugang zu sauberem Trinkwasser. 2,6 Milliarden Menschen leben ohne sanitäre Anlagen. (Foto: dapid)

Quelle **Verlag** Süddeutsche Zeitung **Datum** Dienstag, den 13. März 2012 **Seite** 20

---